



Landtagswahl Hessen 2018

Die wesentlichen Kernforderungen
von FDP, CDU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und AfD

Bildung	3	Verbraucherschutz	35
Bildungsfinanzierung	4	Sport	36
Frühkindliche Bildung und Schule	5	Kultur und Medien	37
Weiterführende Schulen	6	Medien	39
Lehrer und Erzieher	8		
Inklusion und Förderbedarfe	10	Arbeit und Soziales	40
Berufliche Aus- und Weiterbildung	11	Arbeit und Soziales	41
Hochschule und Forschung	12	Gesundheit	42
Wirtschaft, Digitalisierung und Mobilität	13	Außen und Sicherheit	44
Start-ups und Gründer	14	Europa und Entwicklungspolitik	45
Mittelstand und unternehmerische Freiräume	15	Asyl- und Flüchtlingspolitik	46
Standort Hessen	16		
Verwaltung und Landespolitik	18	Steuern und Finanzen	47
Kommunen und ländlicher Raum	19	Steuern	48
Daten und Chancen	20	Haushalt und Finanzen	49
Digitalisierung	21		
Mobilität	22	Energie und Umwelt	50
Mobilität – Straßen und Strecken	24	Energie	51
		Klima	52
		Landwirtschaft	53
Innere Sicherheit und Offene Gesellschaft	25	Tierschutz	55
Innere Sicherheit	26	Umwelt und Natur	56
Justiz, Feuerwehr und Polizei	28	Wohnungsbau	58
Offene Gesellschaft	30		
Demokratie und Ehrenamt	31		
Chancengleichheit und Teilhabe	32		
Familie, Kinder, Jugendliche und Senioren	33		
Einwanderung und Integration	34		

Bildung

FDP

Gebührenfreie Kitas

Kostenausgleich zwischen Wohngemeinde und Standort-gemeinde der KiTa

Freie Entscheidung der Schulen über Verwendung finanzieller Mittel

Abdeckung besonderer Bedarfe durch Sonderzuweisungen

Mehr Investitionen in frühkindliche Bildung

100 Millionen Euro zusätzlich zur Verbesserung der Betreuung und Pflege von Kindergartenkindern

Modell „Geld folgt Student“ (GefoS)

Deutschlandweit einheitlicher Clusterpreis für Semesterbeiträge

Ausbau von Stipendien

Befürwortung von Hochschulsponsoring und Stiftungsprofessuren

Elternunabhängiges BAföG

Nachgelagerte Studiengebühren

Digitalisierungsbudget für Schulen bereitgestellt vom Land

CDU

Weiterentwicklung des Systems der leistungsorientierten Budgetierung

Vollständige Nutzung von OSL-Mitteln in Grundfinanzierung

Planungshoheit bei Ländern bei Verhandlungen zum Hochschulpakt 2020

Auflegung eines Programms HEUREKA III

Ausbau der Zuschüsse für Studentenwerke

Ausbau des BAföG

Gewährleistung der Anschlussfinanzierung des Bund-Länder-Programmes zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Weiterführung des Deutschlandstipendiums

Gebührenfreie Kitas

SPD

Abschaffung von Kita- und Krippengebühren

Dauerhafte Übernahme von zwei Dritteln der Gesamtkosten für den Betrieb von Kindertagesstätten und Tagespflege durch das Land Hessen

Eigenes Budget für Schulen zur Schulentwicklung und Evaluation

Mehr finanzielle Unterstützung für berufliche Schulen

Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit

Kontrolle von Fremdwerbung an Schulen

Stärkung der Grundfinanzierung von Hochschulen gegenüber sonstigen Finanzierungsanteilen

Aufhebung des Kooperationsverbots

Klare Transparenzregeln für drittmittelfinanzierte Forschung

Kein Schulgeld

Keine Studiengebühren

Anhebung BAföG und Ausweitung des Schüler-BAföGs

Ausbau von kostenfreien Ganztagschulen

DIE LINKE

Gebührenfreie Kitas

Zurücknahme der Verschlechterung des KiföG

Neuverhandlung des Hochschulpaktes

Stärkung der Grundfinanzierung von Hochschulen

Beendigung der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder

Keine Studiengebühren

Erhöhung des BAföGs

Elternunabhängige Studienfinanzierung

Abschaffung des Deutschlandstipendiums

Aufhebung des Kooperationsverbots

Reform der Studienfinanzierung

B 90/Die Grünen

Fortsetzung der Finanzierung für Studierendenwerke

Gebührenfreie Kitas

Mehr Grundförderung für Hochschulen

Keine Studiengebühren

Steigerung der Investitionsmittel an Hochschulen auf 250 Millionen Euro pro Jahr

Digitalpakt zwischen Land und Schulträgern

Fortführung des Ausbildungsbudgets

AfD

Freistellung von Kita- und Hortgebühren / Verpflegung

Überarbeitung des Kindergartenförderungs-gesetzes

FDP

Frühzeitige Sprachförderung und Vorlaufkurse

Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen

Öffnung der Kindertagesstätten als Bildungs- und Begegnungsort

Flexible Betreuungszeiten

Stärkung der Partnerschaft und Kooperationen von Kindertagesstätten und Schulen mit kulturellen Einrichtungen

Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für Grundschulen

Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen besonders fördern

Richtige Rechtschreibung von Anfang an

CDU

Bessere Verzahnung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule

Verbindlicher Charakter für Vorlaufkurse für schulpflichtig werdende Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse

Festhaltung an der Grundschulempfehlung

Stärkung der Medienkompetenz von Grundschulern

Kein „Schreiben nach Gehör“

Kooperation von Kindergärten/ Kindertagesstätten mit Sportvereinen

SPD

Optimierung der Sprachentwicklungsförderung

Ausbau von Familienzentren an allen Kindertagesstätten

Wohnortnahes Kitaangebot

DIE LINKE

Ausbau der Kita-Plätze

Garantierter Betreuungsplatz für jedes Kind

Bundesweit einheitlicher Betreuungsschlüssel

B 90/Die Grünen

Vegetarische und vegane Alternativen an Schulen und Kindergärten

Systematische Sprachförderung

Ausbau von Kitaplätzen

Stärkung der Kindertagespflege

Weiterentwicklung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung zu ganzheitlichen Familienzentren

Verbesserung des Übergangs von der Kita in die Grundschule

Keine Verschulung des letzten Kindergartenjahres

Erhalt wohnortnaher Grundschulen

Flexibler Schulanfang an mehr Grundschulen

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschüler/innen

AfD

Keine staatliche Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbetreuung

Muttersprache als Sprachförderung für Kinder unter drei Jahren

Verbesserter Personalschlüssel in den Kindergärten/Kindertagesstätten

Seltene Wechsel von Bezugspersonen

Gruppengröße in Kindergärten nicht höher als 15 Kinder

Erhaltung der deutschen Sprache und Tradition in Kitas und Schule

Ausbau kleiner Kindergärten (Tagesmutterkonzept) im ländlichen Raum sowie in Städten

Ausbau des Kita-Angebots an hessischen Hochschulen

Erhalt christlicher Bräuche an allen Kitas

Keine Sexualkunde an Kitas und Grundschulen

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD
Flexibilisierung der Schulanfangszeiten ab der Mittelstufe	Bewahrung des mehrgliedrigen Schulsystems	Rechtsanspruch auf Nachmittags- und Schulferienbetreuung	Ausbau von Ganztagssschulen	Einführung des Profils 3 an weiterführenden Schulen	Leistungsorientiertes und gegliedertes, differenziertes Schulsystem
Einführung von Schulverwaltungsassistenten	Keine Strukturreform in der Sekundarstufe I	Priorität für Schulgestattungsanträge von Alleinerziehenden	Kostenfreies Mittagessen in Bildungseinrichtungen	Freiwillige schriftliche Bewertungen	Prüfung der Einhaltung von Bildungsstandards
Prüfung von Schulgütesiegeln	Festhaltung an der 105-prozentigen Unterrichtsversorgung	Aufwertung von Herkunftssprachen als Fremdsprachen an Schulen	Sozial gerechte und demokratische Bildungsreform	Abschaffung von Hausaufgaben	Keine Einsparungen bei Förderschulen
Einführung eines Schulentwicklungsplans	Beibehaltung von Ziffernoten	Veröffentlichung eines hessischen Bildungsberichtes	Sanierung von Schulgebäuden und Sportstätten	Stärkerer Einbezug von Schülern in Unterrichtsgestaltung	Sanktionierung von Vandalismus an Schulen
Bessere Abstimmung verpflichtender Vorsorge- und Schuleingangsuntersuchungen	„Sitzenbleiben“ als pädagogische Maßnahme	Keine Vergleichsarbeiten	Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems	Sanierung von Schulgebäuden	Disziplinstandards an Schulen
Flächendeckende Verankerung des Qualifizierten Schulvorbereitungsjahrs (QSV)	Bedarfsorientierter Ausbau der Ganztagsangebote	Abschlusszeugnisse anstelle von Schulformempfehlungen	Stärkere Überprüfung des Sonderungsverbots	Zusammenarbeit von Schulen mit Kinder- und Jugendhilfe	Keine Verstöße gegen das Indoktrinationsverbot
Benotungssystem und Nichtversetzung als pädagogische Mittel	Ausbau des „Paktes für den Nachmittag“	Unterstützung freier Schulen	Lerngerechte Unterrichtsgestaltung in jahrgangsübergreifenden Kleingruppen	Weiterentwicklung des Sprachförderkonzeptes	Kein bekenntnisorientierter Islamunterricht
Intensivierung der Berufsberatung	Erhalt von Schulen in freier Trägerschaft	Einhaltung des Sonderungsverbots	Ausbau der Schulsozialarbeit	Herkunftssprache als Fremdsprache	Keine politische und religiöse Einflussnahme durch islamische Moschee-Verbände auf Unterricht
Vergleichbare Abschlüsse	Sanierung der sanitären Anlagen an hessischen Schulen	„Allgemeine Berufsbildungsreife“ an Berufsschulen	Ausweitung des Programms „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi)	Unterrichtsangebot für Schüler muslimischen Glaubens	Verpflichtender christlicher Religionsunterricht
Ausbau von Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagssschulen	Erleichterte Querversetzungen in Jahrgangsstufen 5 und 6	Stärkung des Elternwahlrechts bei Schulen	Keine Hausaufgaben und Ziffernoten	Förderung von politischer Bildung an Schulen	Fach „Religionsgeschichte“
Private Ersatzschulen als wichtiger Bestandteil der Schullandschaft	Kostenübernahme der Beförderung für 10. Klassen der G8-Schüler in hessisches Schulgesetz	Schulsozialarbeit an jeder Schule	Kostenfreie Schülerbeförderung	Stärkung außerschulischer Lernorte	Kein Zurückweichen des Deutschen vor Einwanderersprachen an Schulen
Ausstattung aller Bildungseinrichtungen mit moderner Technik	Fahrkostenübernahme für gesamte Sekundarstufe II und auch für Berufsschüler	Ausbau des schulpsychologischen Dienstes	Landesprogramm zur Schulgebäudesanierung von 500 Millionen Euro	Zwei-Säulen-Schulmodell	Heimatkunde als Schulfach
Mehr Jugendmedienschutzbeauftragte und Medienberater	Bekennnisorientierter Religionsunterricht	Nichtversetzung in nächsthöhere Klasse	Erhalt von Schulen im ländlichen Raum	Wahrung des Sonderungsverbots Umsetzung der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“	Bessere digitale Ausstattung von Schulen

FDP

Verankerung von Medienkompetenz im Erziehungs- und Bildungssystem

Prävention bei Cybermobbing und konsequentes Einschreiten

Ausbau des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts

Unterstützung von Initiativen im Bereich der MINT-Fächer

Ausbau und Weiterentwicklung von internationalen/europäischen Schulen in Hessen

CDU

Flächendeckende Versorgung mit Ethikunterricht

Dauerhafte Implementierung des Grundwortschatzes zur Förderung von Deutsch

Verpflichtende zweistündige Förderkurse in den Klassenstufen 5 und 6

Durchsetzung von „Deutsch auf Schulhöfen“

Zulassung von herkunftssprachlichem Unterricht nur nach festen Gütekriterien

Verpflichtende und regelmäßig stattfindende Erste-Hilfe-Kurse für Schüler

Ausbau der Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der Bundeswehr

Förderung der Berufsorientierung in Sekundarstufe I

Fortsetzung der „PuSch-Klassen“

SPD

Vergleichbarkeit von Leistungsanforderungen

Bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht

Aufhebung der Blockade des EU-Schulobstprogramms

Senkung der Kosten für Schulessen

Keine Toleranz für Mobbing oder sexualisierte Gewalt

Berufsorientierung an Gymnasien

Stärkung von Demokratiebewusstsein und politischer Bildung an Schulen

Religionsunterricht für alle

Glaubensrichtungen unter staatlicher Aufsicht

Erhalt kleiner Schulstandorte

Erweiterung der Berechtigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre

Verankerung von Medienkompetenz im Erziehungs- und Bildungssystem

DIE LINKE

Gleichstellung von Ethikunterricht und Religionsunterricht

Herkunftssprachlicher Unterricht

Abschaffung des Befristungswesens an allen Schulformen

Auflösung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr

Erhalt von Bildungseinrichtungen in der Schulträgerschaft des Landes Hessen

Mädchenbeauftragte und Anlaufstellen für homo-, bi-, trans- und intersexuelle Schüler/innen an hessischen Schulen

Spezifisch an den Lebenslagen von Mädchen ausgerichtete pädagogische Angebote

Bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen für alle Religionsrichtungen

Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz

B 90/Die Grünen

Kein Verzicht auf analoge Kompetenzen

Vermittlung von Digital- und Medienkompetenz

Bekämpfung von Cybermobbing

Unterstützung des „Darstellenden Spiels“

Kooperationen von Schulen und Theatern

AfD

FDP

Ausbau der multiprofessionellen Teams

Ausbau von Kooperationen mit Jugendhilfeträgern und außerschulischen Partnern

Garantierte 105-prozentige Lehrerversorgung

Maßnahmenprogramm zur Anwerbung von Grundschullehrkräften

Vermittlung des Umgangs mit Heterogenität und individueller Förderung im Rahmen von Aus- und Weiterbildung aller Lehrkräfte

Vermittlung des diagnostischen Handwerkszeugs zur Feststellung von Hochbegabung

Reform der Lehrerausbildung und Erhöhung des Praxisanteils

Keine künstliche Lehrerarbeitslosigkeit

Bologna-Reform auch für Lehramtsstudiengänge

Angebote zur Lehrgesundheit

Fortbildungsangebote in unterrichtsfreier Zeit

Leistungsanreize im Dienstrecht

CDU

Mehr Lehrerstellen

Verbesserung der IT-Ausstattung hessischer Lehrer

Fortsetzung der sozialindizierten Lehrerruweisung

Ausbau multiprofessioneller Teams

Verstetigung des Programms für 700 zusätzliche Sozialarbeiter

Stärkung der Klassenkonferenz

Erweiterung der disziplinarischen Möglichkeiten von Lehrkräften und Schulen

Attraktivitätsoffensive für den Lehrerberuf

Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten in allen Schulformen

Ausbau weiterer Unterstützungssysteme für Schulen

Auslobung eines Hessischen Lehrpreises

Entbürokratisierung durch Straffung und Abschaffung von Berichtspflichten

Einsatz von Schulassistenten zur Entlastung von Schulleitung und Lehrkräften

SPD

Zusammenarbeit mit Schulsozialpädagoginnen und -pädagogen

Qualitätsverbesserung bei Kinderbetreuung

Freistellung von Personal für Leitungsaufgaben

Mehr Zeit für Weiterbildungen

Einberechnung von zu erwartenden Ausfallzeiten in Stellenberechnung

Einsatz von multiprofessionellen Teams

Ausbau der Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen

Erhöhung von Anzahl der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher

Bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher

Weiterqualifizierung für Lehrkräfte in arbeitstechnischen Fächern

Erweiterung der Hessischen Lehrkräfteakademie

Angebote zur Weiterqualifizierung für Quereinsteiger

DIE LINKE

Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für Erzieher

Ausbildungsoffensive für Erzieher

3.000 zusätzliche Lehrstellen

Mehr Stellen für Lehrausbildung an Universitäten

Bessere Förderung von Seiteneinsteigern

Programm „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) zur Aus- und Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer

Rechtsanspruch auf zweite Phase der Lehrerausbildung nach Bestehen der ersten Staatsprüfung

Reduktion der Pflichtstundenzahl

Ausbau der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte

Besoldung der Grundschullehrer nach A13

Keine sexistische Rollenbilder in Bildung und Erziehung

B 90/Die Grünen

Multiprofessionelle Teams an Schulen

Festes Kontingent an Förderschullehrkräften und Sozialpädagogen

Erhöhung der Zahl der Sekretariats- und Verwaltungsschulkräfte

Rückkehr zur 40-Stunden-Woche

Einstiegsvergütung aller Lehrämter bei A13/E13

Entlastung von Lehrern durch Verwaltungskräfte

Mehr Studienplätze für Lehramtsstudierende

Stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis in Lehrerausbildung

Prüfung der Reform der Jugendhilfeverwaltung

Runder Tisch zu Arbeitsbedingungen und Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte

Sensibilisierung von Lehrkräften auf Mobbing

AfD

Vergütung von Erziehern in Ausbildung analog zum dualen Ausbildungssystem bzw. im dualen Ausbildungssystem

Leistungsgerechtere Vergütung von Erziehern

Gesundheits-/Präventionsunterricht als Bestandteil des Lehrplans

FDP

Fort- und Weiterbildungen für Seiteneinsteiger

Bereitstellung von Qualifizierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte

Laufend aktualisierte Lehrbedarfsplanung

Digitale Bildungsangebote und anwendungsorientierte E-Learning-Programme als feste Bestandteile der Lehrerbildung

Erhöhung der Anzahl an Ausbildungsplätzen für Erzieherinnen und Erzieher

Regelmäßige Überprüfung von Lehrplänen und Ausbildungsgängen

Fortschreibung des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans

CDU

Übernahme von Schulsekretariaten in den Landesdienst

Verstetigung der Pilotprojekte zum Einsatz von „Schulgesundheitsfachkräften“

Staatsprüfung als Abschluss der 1. Phase der Lehrerausbildung

Einführung von zentralen Aufgabenstellungen in Staatsexamen

Verpflichtendes Praktikum in allgemeinbildender Schule vor Einschreibung in Lehramtsstudiengang

Beibehaltung des 21-monatigen Referendariats

Ausweitung der Schulleiterqualifizierungsreihe

Verstärkte Ausbildung von Förderschullehrern

Auflegen eines Lehrer-Austausch-Programms

SPD

Mehr Lehramtsstudienplätze und Studienplätze für Sozialpädagogik

Ausbildungsgarantie für angehende hessische Lehrkräfte

Anhebung der universitären Phase aller Lehrämter auf zehn Semester

Verbindliche Reflexion persönlicher Kompetenzen und der Eignung zu Beginn des Lehramtsstudiums

Unabhängige Ombudsstelle für Lehrkräfte

Beförderungsmöglichkeiten für alle Lehrämter

Einstiegsvergütung aller Lehrämter bei A13/E13

Anpassung des Leitungsdeputats von Schulleitungen

Einsatz von zusätzlichen Verwaltungsfachkräften

Entlastung von verwaltungstechnischen Zwängen

Stärkung der Ausbildung von Berufsschullehrkräften

Angleichung der Eingangsbesoldung für das Grundschullehramt an andere Lehrämter

DIE LINKE

B 90/Die Grünen

AfD

FDP

Verbesserung der inklusiven Qualität an Regelschulen

Durchlässigkeit zwischen Förderschulen und Regelschulen

Flächendeckende Sicherung von Förderschulen

Evaluation und Weiterentwicklung des „Gütesiegel-Hochbegabung-Programms“

Weiterentwicklung der EIBE- und Schub-Klassen

Fortbestand der Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke in Hessen

Flächendeckendes trägerübergreifendes persönliches Budget für Menschen mit Behinderung

Erhöhtes Blindengeld für Taubblinde

Landeswohlfahrtsverband als ausschließlichen überregionalen Träger der Eingliederungshilfe

Förderschulen des LWV als Orte gemeinsamen Lernens

Barrierefreiheit für Studierende mit Behinderung

CDU

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Förderschulen als wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des hessischen Schulsystems

Überprüfung der inklusiven Beschulbarkeit

Weitere Ausgestaltung der inklusiven Schulbündnisse

Ausbau der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen

Ausbau des hessischen Perspektivprogramms zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen

Förderung von Unternehmen, die über die gesetzlich festgelegte Quote hinaus schwerbehinderte Menschen beschäftigen

Zahlung eines Gehörlosengeldes

SPD

Einführung Gebärdensprache als Fremdsprache

Unterstützung für behinderte und chronisch kranke Studierende

Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente hessischer Behörden in leichter Sprache

Wahl oder Berufung von Behindertenräten oder -beiräten sowie Behindertenbeauftragten

Zusammenführung von Landesbehindertenrat und Landesbehindertenbeirat

Wahlrecht auch für vollbetreute Menschen

Recht den Wohnort selbst zu bestimmen

Besonderer Diskriminierungsschutz für Frauen mit Behinderungen

Vollständige Übernahme von Kosten für Eingliederungshilfen

Gleichwertige Studienbedingungen für Behinderte und chronisch kranke Studierende

DIE LINKE

Ausschließlich inklusive Kitas

Aufhebung des Ressourcenvorbehalts

Vorbehaltlose Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen

Stärkung der Stellung des Landesbehindertenbeauftragten, des Landesbehindertenbeirates und der Behindertenvertretungen in kommunalen Parlamenten

Wahlrecht für Menschen unter vollständiger Betreuung

Studiengang für Gebärdensprachdolmetschen

Anschlussrehabilitation bei Verlust der Sehfähigkeit

Einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz

Recht auf freie Wahl der Pflegekraft

B 90/Die Grünen

Stärkung der Inklusion in Kitas und Krippen

Weiterentwicklung der Rahmenvereinbarung Inklusion

Einführung eines inklusiven Schulbündnisses

Wahlrecht der Eltern für Förderort des Kindes

Aufbau der Beratung für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Bezahlung der Teilhabeassistenten nach Tarif

Stärkung der Vermittlung von Gebärdensprache im Unterricht

Professionalisierung der Landesbeauftragten für behinderte Menschen

Einrichtung eines zentralen Kompetenzzentrums Barrierefreiheit

Unterstützung von Menschen mit besonderem Förderbedarf

Kein Wahlrechtsausschluss für behinderte Menschen

Unterstützung von ehrenamtlichen Tätigkeiten behinderter Menschen

AfD

Erhalt und Ausbau von Förderschulen

Keine inklusiver Unterricht an allen Schulen

Prüfung der Struktur des Landeswohlfahrtsverbands Hessen (LWV) zur Leistungsverbesserung zugunsten behinderter Menschen

Änderung des Durchführgesetzes im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)

Keine Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit an Regelschulen

Kein Unterricht für Kinder mit geistiger Einschränkung an Regelschulen

FDP

Berufsorientierung und -beratung zusammen mit einem Netzwerk von außerschulischen Partnern

Prüfung bisheriger Praktika

Weiterqualifizierung durch Angebote an beruflichen Schulen

Evaluation der Angebote der beruflichen Schulen im Land

Erstattung von Schülerbeförderungskosten auch in Fachstufen

Verhandlung über die Einrichtung von schulträger- und länderübergreifenden Fachklassen

Unterstützung dualer Ausbildungen in Kooperationen mit Hochschulen

Förderung für Handwerker bei Eignung für Meister-Ausbildung

Keine Ausbildungsplatzabgabe

Ausbau dualer Studiengänge nach Vorbild „Studium plus“

CDU

Sicherung der Anzahl der Berufsschulstandorte

Einführung eines Fachs „Digitalisierung in der Arbeitswelt“

Bildung von Landes- und Bezirksfachklassen

Ausbau der „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BüA)“

Stärkung der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung

Ausweitung des „Gütesiegels Berufs- und Studienorientierung Hessen“ (BSO)

Stärkung der Mittelstufenschulen mit berufsbezogenem Unterricht an beruflichen Schulen

Fortsetzung des Programms „JOBBLINGE“

Förderung beim Erwerb eines Berufsabschlusses in jedem Alter

Ausbau dualer Studiengänge

Fortführung des Pakts für Weiterbildung

SPD

Ausbau von Produktionsschulen

Garantie für eine berufliche Qualifikation

Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung

Stärkung dualer Ausbildung

Kostenübernahme von Schülerbeförderung auch für Sekundarstufe II sowie duale Berufsausbildung

Ausbildungsgarantie für jeden Menschen unter 35 Jahren

Rückzahlung von nicht mehr als 50 Prozent der Fördersumme beim Meister-BAföG

DIE LINKE

Mehr Ausbildungsplätze beim Land Hessen

Einführung einer Ausbildungsplatzumlage

Förderung von Ausbildungsverbänden

Mindestausbildungsvergütung auf Bundesebene

Ablösung des Übergangssystems

Mindestens sechs Unterrichtsstunden an zwei Tagen pro Woche für alle Berufsschüler

Neue Qualifizierungseinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Hilfebedarf

Stärkung der assistierten Ausbildung

Konzept für Landesfachklassen

Beendigung des Projekts „Selbstverantwortliche Berufliche Schulen“

Keine betriebsspezifische Gestaltung von dualen Studienangeboten

Einhaltung der Mindestausbildungsdauer von ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen

B 90/Die Grünen

Nachsteuerung der Berufsfachschule für den Übergang in Ausbildung (BÜA)

Erhalt von Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort

Stärkung der Maßnahmen im Anschluss an InteA

Stärkere Vernetzung von Hochschulen und beruflicher Bildung

Erleichterter Wechsel von Hochschule in berufliche Bildung

Ausbildungsoffensive in Handwerk und gewerblichen Betrieben

AfD

Arbeitslehre und Werkunterricht als Schwerpunkte praxisorientierter Bildung

Zusammenwirken von Regelschulen mit Lehrwerkstätten und berufsbildenden Einrichtungen

Keine Verschulung der Berufsausbildung

FDP

Senkung von Abbruchquoten durch Orientierungsstudium

Stärkung der Hochschulautonomie

Stärkere Anreize für Qualitätssteigerung von Forschung und Lehre

Ausbau dezentraler Hochschulangebote

Bekennung zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung

Flexible Studiengänge

Bereitstellung webbasierter Angebote

Gleichwertigkeit von Abschlüssen

Fortführung des LOEWE-Programms

CDU

Fortführung des Konzepts HESSENCAMPUS

Bekennnis zur verfassungsmäßig verankerten Wissenschaftsfreiheit

Keine Veränderung der Gremienstruktur an Hochschulen

Anreize für (Teil-)Systemakkreditierungen an weiteren hessischen Hochschulen

Fortführung der befristeten Verleihung des Promotionsrechtes

Fortsetzung des Pilotversuchs zum Orientierungsstudium

Fortsetzung der Hochschulzugangsberechtigung für beruflich Qualifizierte

Aufsetzung eines neuen „Digitalpakts Hochschule“

Programm zur Förderung der praktischen Anwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse im Umfang von 10 Millionen Euro

Fortführung des Forschungsförderprogramms LOEWE

Anrechnung ehrenamtlichen Engagements auf Wartezeit für Studienplatz

SPD

Öffnung der Studentenwerke für Auszubildende

Anrechnung von Studienleistungen in der Berufsausbildung

Flexible Studiengänge

Teilzeitstudium und Studienmöglichkeiten am Abend

Aufbau dualer Hochschulen im ländlichen Raum

Freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen

Eigenständiges Promotionsrecht der Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Erhöhung des Infrastrukturbudgets an Hochschulen Hochschulsozialpakt

Gründung einer Landesforschungs koordinati on

Ausbau dualer Studienkonzepte

Fortschreibung des Forschungsförderungsprogramms LOEWE

DIE LINKE

Ausschließlich beratende Funktion für Hochschulräte

Erleichterter Wechsel von Studiengängen

Ablehnung der Bologna-Reform

Keine Rüstungsforschung

Einführung einer Zivilklausel

Bessere finanzielle Ausstattung der Studentenwerke

Frauenförderung in MINT-Fächern

Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft

Keine Privatisierungen im Hochschulbereich

Keine gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Einwerbung von Drittmitteln

Mindeststandards für drittmittelfinanzierte Stellen

Publikation von aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsergebnisse im Open Access

Abschaffung des LOEWE-Programms

B 90/Die Grünen

Einführung von Orientierungsstudiengängen an allen Hochschulen

Abbau sozialer Hinderungsgründe

Fortbildungskampagnen für Lehrende in Hochschuldidaktik

Ausreichend Stellen für Qualifikationsprofessuren

Ergänzung der Förderdauern im LOEWE-Programm durch Aufbau- und Übergangsphasen

Förderung der Gründung von An-Instituten

Eigenständiges Promotionsrecht für Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Einführung einer Zivilklausel

Umsetzung des Papiers „Nachhaltigkeit an Hochschulen“

Einführung einer Studienkommission

Reduzierung des Hochschulrats auf ein beratendes Gremium

Reduktion der Zielvereinbarungen im Hochschulpakt

AfD

Vereinbarkeit von Kindererziehung und Studium

Wiedereinführung von Diplom- und Magisterstudiengängen neben Bachelor- und Masterstudiengängen

Eigenständige Auswahl- und Aufnahmeprüfungen von Hochschulen

Keine zentralistischen quoten- oder losbasierten Auswahlverfahren

Besondere Förderung von Studiengängen mit naturwissenschaftlichen oder ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkten

Wirtschaft, Digitalisierung und Mobilität

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD
Förderung der Gründerkultur an Schulen und Hochschulen	Befreiung von Berichtspflichten für junge Unternehmen	Verstärkte Start-up-Förderung	-	Einführung von Gründungsberatungsgutscheinen	-
Auflegung eines Hessen-Gründerstipendiums	Entlastung von Berufsverbandsbeiträgen für junge Unternehmen	Günstige Flächen für kleine Unternehmen und Gründerinnen und Gründer durch Kommunen bereitgestellt		Digitales Verwaltungsportal zur Abwicklung von Unternehmensgründungen	
Steuerliche Anreize für private Kapitalgeber	Stärkere Nutzung des Bundesprogramms „EXIST“	Stärkere Vernetzung von Gründern in ländlichen Regionen mit international vernetzten Knotenpunkten (Hubs)		Soziale Absicherung von Kleinunternehmen nach Gründungsphase	
Auflegung eines hessischen Venture-Capital-Fonds	Bereitstellung von Mikro-Krediten, Kapital für Kleinunternehmen, Innovationsdarlehen	Netzwerke mit einfach zugänglichen Beratungsangeboten		Meistergründungsprämie für Handwerker	
Etablierung eines Handelsssegments für Wachstumsfinanzierung von Start-ups an Deutscher Börse	Fortsetzung der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung	Finanzielle und fachliche Unterstützung in der Startphase		Bereitstellung von Risikokapital des Landes über die WI-Bank	
Verbesserung der Einbeziehung ausländischer Kapitalgeber	Verbesserung der Rahmenbedingungen für Risikokapital			Umsetzung des Masterplans für die Start-up-Region FrankfurtRheinMain	
Etablierung von regionalen Center of Innovation	Auflegung eines Innovationstages der Hessischen Landesregierung			Talentaktivierung an Hochschulen	
One-Stop-Shop-Prinzip	Sonderprogramm für 300 Gründerstipendien im ländlichen Raum			Kategorie nur für Frauen im Rahmen eines Businessplanwettbewerbs oder eines Gründerpreises	
Zielgruppenbezogene Gründerberatung an Hochschulstandorten					

FDP

Mittelstandsfreundliche Gestaltung des hessischen Vergaberechts

„Digitalisierungsoffensive Handwerk und Mittelstand“

Förderung von Fortbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen mit besonderem Fokus auf Betriebsübergaben

CDU

Digitalisierungsberatung für kleine und mittelständische Unternehmen

Vereinfachtes AGB-Recht für kleine und mittlere Unternehmen

Mittelstandsgerechte Ausgestaltung der Fach- und Teillosvergabe bei öffentlichen Aufträgen

Wirksamer Rechtsschutz für Bieter auch bei kleineren Vergaben

Stärkung eines Präqualifikationsnachweises

Schutz des Mittelstandes bei Übernahme europarechtlicher Ausschreibungsverfahren und EU-Richtlinien

SPD

Stärkung von regionalen Netzwerken und Kooperationen mit regional wirkenden Wissensträgern

Selbstverwaltung der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern

Höhere Fördersätze für kleinere Unternehmen

Bessere steuerliche Absetzbarkeit von Forschung und Entwicklung

Steigerung des Anteils der bundesweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Eigenkapital und Managementunterstützung durch erfahrene Gründerinnen und Gründer für schnell wachsende Unternehmen

Landesförderprogramme für Einzelhandel

DIE LINKE

Förderung von KMU und Genossenschaften insbesondere im ländlichen Raum

Erteilung von Aufträgen der öffentlichen Hand nach Vergabegesetz

B 90/Die Grünen

Abbau bürokratischer Hürden

Förderung regionaler Wirtschaft

AfD

Planungssicherheit für Unternehmen durch Einhaltung von Fristen bei Anträgen

Leicht verständliche Vorschriften und weniger Bürokratie

Keine verpflichtende Mitgliedschaft in Handwerkskammern

Abschaffung der Industrie- und Handelskammern

Beitragsfreiheit in den ersten fünf Jahren für Neugründungen

FDP

Investitionen in Infrastruktur der Region Main-Rhein

Keine neuen Siedlungsgroßprojekte mit Trabantenstadtbebauung

Ausbau der „House of“-Strategie des Landes Hessen

Gründung eines „House of Production“

Stärkerer Fokus der Wissenschafts- und Innovationsförderung auf Pharmakologie, Biotechnologie und Medizintechnik

Stärkung des House of Logistics and Mobility (HOLM)

Förderung digitaler Schlüsseltechnologien

Unterstützung von Fin-Techs

Einrichtung einer Stabsstelle „Finanzplatz Frankfurt“ im Wirtschaftsministerium

Wiederbelebung der Industriepark-Initiative Hessen

Änderung des Ladenöffnungsgesetzes zur rechtssicheren Ausschöpfung von vier verkaufsoffenen Sonntagen

CDU

Reform und Vereinfachung des Vergabe- und Tariftreuegesetzes

Einrichtung einer e-Plattform „Trialog Industrie in Hessen“

Stärkung Hessens als deutschen Pharmastandort

Stärkere Vernetzung hessischer Forschungsstandorte

Aufbau einer hessischen Batteriezellenproduktion

Stärkere Berücksichtigung der Ausweisung von Vorranggebieten zur Rohstoffgewinnung in Regionalplänen

Keine Abgabe auf Abbau heimischer Rohstoffe

Zentrale Koordinierung des Tourismus in Hessen

Sonderprogramm zum Erhalt und zur Stärkung von Hotellerie und Gastronomie im ländlichen Raum

Fortführung der „House of“-Strategie

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Autonome Systeme und Künstliche Intelligenz“

Aufbau der Bund-Länder-Behörde „Föderale IT-Kooperation“ (FITKO)

SPD

Gründung einer Stabsstelle für Fachkräfte

Stärkere Beteiligung des Wirtschaftsressorts bei Themen der Gesundheitswirtschaft

Erhalt der Arbeitsplätze im hessischen Kalibergbau

Unterstützung der dezentralen Gewinnung von Bau- und Rohstoffen durch heimische Betriebe

Umgestaltung der Dauer von Genehmigungsverfahren im Kalibergbau

Einführung einer rechtssicher festsetzbaren Lärmobergrenze

„Nachtflugverbot+“

Einrichtung eines Dialoggremiums zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm

Keine weitere Privatisierung der Fraport AG

Übergang der Fluggastkontrollen in die Verantwortung der Landesgesellschaft

Verstetigung und Entfristung des Regionallastenausgleichsgesetzes

DIE LINKE

Keine öffentlichen Aufträge für Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen oder Umweltstandards missachten

Konversionsprogramme für Rüstungsindustrie

Nachhaltige Kaliförderung

Keine Oberweserpipeline mit Stapelbecken

Stärkung von regionalem Tourismus

Überarbeitung der Förderrichtlinien der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank)

Ausrichtung der Wirtschaftsförderung am Grundsatz „Gute Arbeit“

Stärkung der Gemeinwohlorientierung

Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe

B 90/Die Grünen

Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele der UN

Stärkung der Nachwuchs- und Fachkräftesicherung

Umweltgerechte und digitale Vertriebs-, Logistik- und Produktionsprozesse

Ökologisch ausgerichtete Industrieparks

Unterstützung von KMU bei der Migration von Industrie 4.0

Ausbau des Raumfahrtstandortes Hessen

Etablierung Hessens als Standort für satellitengestützte Klima- und Umweltforschung

Stärkung von Co-Working- und Maker-Spaces

Weiterentwicklung der Förderung der Gameswirtschaft

Evaluierung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes

Keine Aufträge und Förderung für Unternehmen, die soziale oder ökologische Standards missachten

Wahrung des Schutzes von Sonn- und Feiertagen

AfD

Aufgabenadäquate Ausstattung der Landeskartellbehörde

Neue Instrumente zur Wettbewerbskontrolle

Einhaltung der Regelungen der HGO zur Begrenzung staatlicher Wirtschaftstätigkeit

Zentralisierung der Bankenaufsicht bei einer Behörde

Überprüfung der vom Land finanzierten Förderinstrumente auf Zweckmäßigkeit

Vergabe von Fördergeldern durch politikunabhängiges Gremium

Aufbau dezentraler Kompetenzzentren in Nord- und Osthessen

Erhalt und Weiterentwicklung der WTO-Handelsregeln

Überprüfung der Exportförderinstrumente

FDP

Ausgestaltung des hessischen Gaststättenrechts für lohnenswerte Investitionen und zur Reduktion der Auflagen auf das Notwendigste

Stärkere Berücksichtigung des Tourismus bei landesplanerischen Maßnahmen

CDU

Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt als internationaler Regulierungs- und Aufsichtsstandort

Weiterentwicklung des TechQuartiers zu einem Zentrum für Startups und FinTechs

Ausrichtung einer „Specialised Expo“ in Modellregion Frankfurt/Rhein-Main

Erhalt aller hessischen Bundeswehrstandorte

Erhebung eines Tourismusbeitrages

Stärkung der Technologielinie „Hessen-Nanotech“

Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte beim Ausbau des Europahauptquartiers in Wiesbaden

SPD

Regelmäßige Strukturberichterstattung auf Landesebene

Niedrigschwellige Grundförderung über zinsgünstige Hausbankendarlehen

Intensivierung der Konsortialfinanzierung

Gründung einer Hessen Holding

Unterstützung der Initiative „Rhein.Main.Fair – auf dem Weg zur fairen Metropole“

DIE LINKE

B 90/Die Grünen

Förderung von Patenschaften für Vermarktung hessischer Produkte

Neue Kategorie „Nachhaltigkeit“ bei Hessischem Tourismuspreis

Alternativer Wohlstandsindex für Hessen

AfD

FDP

Rückkehr in Tarifgemeinschaft der Länder

Hessisches E-Government-Gesetz

Digitalisierung aller Dienstleistungen des Landes

Hessenweites Bürgerportal

Errichtung einer Enquete-Kommission zur Neuordnung des hessischen Verwaltung

Ausscheiden Hessens aus dem Glücksspielstaatsvertrag

Liberalisierung des Sportwetten- und Lottomarktes

Lockerung des Tanzverbots an stillen Feiertagen

Direktdemokratische Entscheide auf Landkreisebene

Stärkung der Informations- und Auskunftsrechte des Landesparlaments

Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zwei Wahlperioden

CDU

Einrichtung eines Normenkontrollrates

Kontrolle des Tanzverbots durch Ordnungsbehörden

Auflegung eines Standarderprobungsgesetzes für Kommunen

Einführung einer prozentualen Hürde für den Einzug in kommunale Gremien

Schaffung eines gemeinsamen Bürgerportals mit dem Bund

Rahmenbedingungen für Online-Verwaltung

Ausbau des zentralen Finanz- und Fördermittelcontrollings der Landesregierung

SPD

Erhalt eines wohnortnahen, von Einwohnerzahl unabhängigen Grundangebots im ländlichen Raum

Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder

Begrenzung der Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten und der Tarifbeschäftigten auf 40 Stunden die Woche

Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes

Keine grundlosen Befristungen

Finanzierbare Gebühren für leitungsgebundene Infrastruktur

Vorhalteprinzip für Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge

Sanierung maroder Bausubstanz

Ausweitung der Bürgerbeteiligung

Stärkung der Sparkassen vor Ort

Keine Konzernbildung im Sparkassenwesen

Ombudsmann/ Ombudsfrau für Bürgerbeschwerden gegenüber der Verwaltung

Kein personeller Abbau in Flächenverwaltungen

DIE LINKE

Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder

Absenken der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen auf das Niveau der Angestellten

Mehr Stellen im öffentlichen Dienst

Beendigung der Befristungspraxis im öffentlichen Dienst

Zurücknahme der Arbeitszeiterhöhung im Öffentlichen Dienst

Streichung der „Subsidiaritätsklausel“

Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur

Reform des kommunalen Finanzausgleichs

Erweiterung der Rechte von Ortsbeiräten und Ausländer/innen-Vertretungen

Einführung von Informations- und Rechenschaftspflicht der gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Ausbau direktdemokratischer Elemente in der hessischen Kommunalverfassung

B 90/Die Grünen

Reduktion von Anzahl und Dauer der befristeten Arbeitsplätze des Landes Hessen

Rückkehr zur 40-Stunden-Woche

Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL)

Weiterführung des Landestickets

Freie Krankenkassenwahl für Beamte

Landesprogramm OpenGovernment

AfD

Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL)

Einführung der freien Heilfürsorge

Rechenschaftspflicht für spendensammelnde Organisationen sowie steuer- bzw. beitragsfinanzierte soziale Einrichtungen privater Träger

Reduktion der Abgeordnetenanzahl in Kreistagen, Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen um mindestens 25 Prozent

FDP

Ausweitung der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

Finanzielle Förderung von Fusionen durch Kommunalen Finanzausgleich

Kreisentscheide bei Fusionen

Neufassung von §121 und §122 der Hessischen Gemeindeordnung

Auskömmliche Finanz-ausstattung der Kommunen statt Lenkung durch Landesprogramme und Hessenkasse

Förderprogramme für Vereinsstrukturen

Freie Entscheidung für Kommunen über Erhebung von Straßenbeiträgen

Übertragung der Kommunalaufsicht an Regierungspräsidien

CDU

Aufstockung des Programms „Dorfentwicklung“

Verlagerung von Behörden und Bündelung von Aufgaben in ländlichen Behörden

Entwicklungsspielraum für Kommunen zur Ausweisung von Baugebieten oder Gewerbegebieten

Zusammenfassung von Rettungsdiensten und Feuerwehr in kommunalen Leitstellen

Auflegung eines Standarderprobungsgesetzes für Kommunen

Einführung einer prozentualen Hürde für Einzug in kommunale Gremien

Finanzielle Zuschläge im Kommunalen Finanzausgleich für ländlichen Raum

Nutzung der erhöhten Gewerbesteuerumlage für Kommunen

Entwicklung eines Frühwarnsystems für kommunale Haushalte

SPD

Investitionspauschale für Kommunen

Wiederbelebung von Bürgerhäusern als Begegnungsstätten

Mehr Fördermittel für Dorfkümmerer und Dorfaktivierer

Mr. oder Mrs. „Ländlicher Raum“ als Ansprechpartner für Akteure vor Ort

Bündelung der Entwicklung im ländlichen Raum in einem Ministerium

Dezentrale, regionale, landkreisübergreifende Entwicklungspläne

Stärkung von Mittelzentren

Gesetz- und Verordnungcheck für den ländlichen Raum

Aufbau von Behördenstrukturen im ländlichen Raum

Ansiedlung von Gewerbe und Wirtschaftskraft in Kommunen

DIE LINKE

Auflösung der Kompetenzstelle PPP (Public-Private-Partnership) und Ersatz durch „Kompetenzstelle Rekommunalisierung“

Änderung der Hessischen Gemeindeordnung zur vollständigen wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Unterstützung von örtlichen und regionalen Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie Initiativen

Ansiedlung von Einrichtungen der öffentlichen Hand und besonders von kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum

Erfüllung des gesetzlichen Versorgungsauftrages öffentlicher Sparkassen auch in ländlichen Gebieten und Ortsteilen

Re-Kommunalisierung privatisierter Produktions- und Dienstleistungsbereiche

Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Gestaltung der kommunalen Haushalte

B 90/Die Grünen

Verlagerung von Verwaltungsstellen in den ländlichen Raum

Einsatz für Bodenbevorratungspolitik der Kommunen

Überprüfung des Kommunalen Finanzausgleichs

Bereitstellung von Mitteln für zusätzlich übertragene Aufgaben an Kommunen

Weiterentwicklung des Programms Gemeinwesenarbeit

Verlagerung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Raum

Bereitstellung von Mitteln für zusätzlich übertragene Aufgaben an Kommunen

Auflegung eines Kommunalen Investitionsprogramms III

AfD

Verlegung von Behörden, Verwaltungen oder Betrieben des Landes in den ländlichen Raum

Bessere Lebensumstände für Familien im ländlichen Raum

FDP

Open-Data-Strategie für Hessen

Datenrecht als Eigentumsrecht

Stärkung des Datenschutzes in sozialen Netzwerken („Opt-in-Verfahren“)

Hessisches Informationsfreiheitsgesetz

Gewährleistung des Rechts auf Anonymität und Pseudonymität

Hessisches Datenschutzsiegel für Unternehmen

CDU

Ausweitung der Produkthaftung

SPD

Open-Data-Strategie für Hessen

Durchsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes

Ausschließliche Datensicherung bzw. -speicherung bei der Justiz

Regeln für wirtschaftliche Nutzung von personenbezogenen Daten

Wahrung der Privatsphäre von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Stärkung des hessischen Datenschutzbeauftragten

DIE LINKE

Ausweitung des Briefgeheimnisses auf elektronische Kommunikation

Widerspruchsrecht gegen Verarbeitung personenbezogener Daten

Sanktion von Unternehmen bei Verstößen gegen Datenschutzaufgaben

Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten durch Polizei und Behörden nur nach richterlichem Beschluss

Durchsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes

Stärkung der informationellen Selbstbestimmung

Stärkung der Datenschutzbeauftragten

Förderung von Anonymisierungs- und Verschlüsselungsdiensten

Schutz der freien Meinungsäußerung im Internet

B 90/Die Grünen

Einbezug des Umweltinformationsrechts in Informationsfreiheitsgesetz

Stärkung des Datenschutzbeauftragten

Antidiskriminierungsprüfung für Scoringverfahren und Algorithmen

Verankerung von Datenschutzzielen durch Auditierungssysteme

Freie und offene Standards und Lizenzen bei digitalen Produkten, Software und wissenschaftlichen Ergebnissen

Förderung der Nutzung quelloffener Software für freie Netze in Bürgerhand

Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung

Evaluation der automatisierten Kfz-Kennzeichenüberwachung

AfD

Stärkung und Unabhängigkeit des hessischen Datenschutzbeauftragten

Fachgerechte Personal-, Geld- und Sachmittelausstattung des Datenschutzbeauftragten

FDP

Flächendeckender Ausbau eines glasfaserbasierten Gigabitnetzes

Schrittweise Versorgung aller Gemeinden mit hochleistungsfähigen Anschlüssen

Ausbau der WLAN-Versorgung im öffentlichen Raum

Bessere Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene, u.a. Anhebung der sogenannten Aufgreifschwelle

Ausbau der digitalen Medienkompetenz in allen Altersgruppen

Digitalisierungsgrundrecht

Einführung eines Staatsziels Infrastruktur

CDU

Einsatz von Digitalisierungslotsen

Flächendeckende Versorgung mit 1 GigaBit bis 2025

„Leerrohrprogramm“ zur vorausschauenden Planung und Umsetzung der Leitungsverlegung

Schaffung eines Digitalisierungsministeriums

Stärkung der Gigabit-Allianz

Flächendeckendes WLAN-Netz in Hessen

Freier Internetzugang in allen öffentlichen Gebäuden des Landes

Ausbau des 5G-Standards

Fortführung der Digitalisierungsberatung

Kostenloses WLAN im öffentlichen Personennahverkehr

Auflegung eines Hessischen Digitalpakts Bildung

SPD

Flächendeckender Ausbau eines glasfaserbasierten Gigabitnetzes

Ausrollung von 5G-Funknetzen

Ausbau der WLAN-Versorgung im öffentlichen Raum

Unterstützung von Maßnahmen für den flächendeckenden digitalen Radioempfang (DHB+)

Bildungsangebote für den Umgang mit der digitalen Welt

Masterplan für Digitalisierung in Schule und Unterricht

DIE LINKE

Erhalt analoger Kommunikationsstrukturen in Behörden

Schutz digitaler Infrastruktur vor kriminellen und staatlichen Missbrauchsmöglichkeiten

Flächendeckender Breitband- und Mobilfunkausbau

Versorgungsanspruch für einen Internetanschluss von mind. 50 Mbit

Kostenloses WLAN im öffentlichen Raum

Barrierefreier Zugang zum Internet

Abschaffung der Störerhaftung

Ethische Auseinandersetzung mit digitalen Themen in Bildungseinrichtungen

B 90/Die Grünen

Stärkung der Forschung zu IT-Sicherheit

Flächendeckender Breitbandausbau

Prüfung der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen

Flächendeckendes und freies WLAN

Landesoffensive zur Einrichtung von WLAN in öffentlichen Bibliotheken

Ausbau von 5G-Funknetzen

Beratungsangebot zum Umgang mit Hassrede im Netz

Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“

AfD

Vollständige Breitbandversorgung Hessens innerhalb von drei Jahren

FDP

Einsatz von telematischen Verkehrsleitsystemen

Ermöglichung der Freigabe von Standstreifen bei erhöhtem Verkehrsaufkommen

Ausbauprogramm für Parkplätze und Raststätten

Verbesserung des Baustellenmanagements

Einsatz von Regio-Sprintern auf stark frequentierten Regionalverkehrsstrecken

Ausbau von Park-and-ride-Parkplätzen an Bahnhöfen und Haltestellen

Fusion von RMV und Nordhessischem Verkehrsverbund

Einsatz autonom gesteuerter Mikro-Busse in ländlichen Regionen

Grundlegende Reform des Personenbeförderungsrechts

Umgestaltung des Mobilitätsförderungsgesetzes

Befürwortung des Ausbaus des Flughafens Frankfurt

CDU

Fortsetzung der Finanzierung der Verkehrsverbände

Bessere Integration von Ruf- und Bürgerbussen in öffentliches Personennahverkehrsangebot

Ausbau des Schülertickets Hessen

Hessentickets für alle Bürger

Öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Befolgung des Rechtsfahrgebots

Einsatz von Lang-LKWs

Mehr Park+Ride-Angebote

Einheitliche Sicherheits- und Assistenzsysteme für LKW und Busse

Reduktion des Verkehrs durch Post- und Paketdienstleister

Mehr LKW-Parkplätze an Autobahnen

Mehr Manipulationsprüfungen an LKW

Fortsetzung der AG Nahmobilität

Stärkung des Flughafens Frankfurt/Rhein-Main

SPD

Ausbau von kostenfreiem Parken

Innovationsförderung statt Fahrverbote

Weitere Tempo-30-Zonen in verkehrsbelasteten Wohngebieten

Mehr Sharingangebote und digitalisierte sowie integrierte Mobilitätskonzepte

Wohnungsbezogenes Mobilitätsmanagement

Unterstützung von Smart-City-Konzepten

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere im ländlichen Raum

Senkung der Fahrpreise

Kompensierung von Einnahmeausfällen über die Solidarfinanzierung

Bis 2030 keine Busse mit konventionellem Antrieb in Großstädten

Förderung der Nachrüstung von Dieselnissen und Taxen sowie Anschaffung von Bussen mit alternativen Antriebsformen

DIE LINKE

Mobilitätsgarantie für alle Bürger

Senkung der ÖPNV-Preise und Umsetzung des Nulltarifs

Eigene Landesmittel für Förderung des ÖPNVs

Abschaffung der 1. Klasse im Regionalverkehr

Ausweitung der Bedien- und Taktzeiten außerhalb von Ballungsräumen

Förderung der Elektromobilität im Schienenverkehr

Kaufprämien für Pedelecs, eBikes und Lastenräder

Umstellung der öffentlichen Verwaltung auf E-Mobilität

Modernisierungskonzept für Bahnhöfe

Ausweitung des stationären Carsharings

Keine Zulassung von Giga-Linern

Reduktion von Bahnlärm

Kein weiterer Ausbau von Autobahnen und Tempolimit

Förderung alternativer Antriebs- und Kraftstofftechnologien

B 90/Die Grünen

Hardware-Umrüstung bei Dieselfahrzeugen

Elektrifizierung des Verkehrs

Verdichtung der Zugverbindungen im ländlichen Raum

Ausbau des Schienengüterverkehrsnetzes

Stärkung von Bürgerbussen, Kombibussen und Bürgerradwegen

Sanierung von Bahnhöfen in ländlichen Regionen

Verpflichtende Beteiligung von Verbänden des Fuß- und Radverkehrs an Verkehrsschauen

Verkehrssicherheitsaudits

Verkehrsübergreifendes Mobilitätsmanagement an Standorten des Landes

Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen

Änderung der Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften

Entgeltumwandlung für Dienstadleasing für Beschäftigte des Landes

Steigerung der Verkehrssicherheit für Radfahrer

AfD

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur durch Umgehungsstraßen

Mehr Kreislösungen bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen

Verkürzung von Reparatur- und Sanierungszeiten bei Dauerbaustellen

Anpassung von Verkehrsregelungen zur Verbesserung des Verkehrsflusses

Abstimmung von Sanierungs-, Erhaltungs- und Neubauprojekten mit Bundesverkehrswegeplan

Keine PKW-Maut

Keine LKW-Gigaliner auf deutschen Straßen

Stärkung des hessischen ÖPNVs

Aufwertung von Bahnhöfen und ihrer Umgebung

Orientierung von Subventionen und Fördermitteln am Nutzen-Kosten-Faktor (>1,5)

Mehr Lärmschutzmaßnahmen im Straßen- und Schienenverkehr

Abschaffung der Umweltzonen

Keine Dieselfahrverbote

FDP

Fortführung der in der Allianz für Lärmschutz vereinbarten Maßnahmen und des Regionallastenausgleichsgesetzes

Schaffung verbindlicher Regeln für tarifrechtliche Auseinandersetzungen im Luftverkehrssektor

Wiederbelebung des Kommunale Interessenmodells (KIM)

Einrichtung digitaler Testfelder für autonomes Fahren

Reform des Fahrschulwesens im Hinblick auf digitale Mobilitätssysteme

Entbürokratisierung und Beschleunigung des Fahrschulrechts

Deutsche Bahn AG als Planungsträger beim Ausbau der Schieneninfrastruktur

Mehr Forschung und Entwicklung autonom gesteuerter Fahrzeuge und vernetzter Mobilitätsdienstleistungen

CDU

Einhaltung des generellen Nachtflugverbotes zwischen 23 und 5 Uhr

Erhalt und Unterstützung des Forums Flughafen und Region

Anreizsysteme für Flottenerneuerungen von Langstreckenflugzeugen

Erhalt des Kassel Airports

Ausbau der Ladeinfrastruktur für e-Mobilität

Umsetzung des Investitionsprogramms für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie

Hardware-Nachrüstung von Fahrzeugen

Keine Absenkung der innerorts zulässigen Geschwindigkeit von 50 km/h

Erarbeitung von Luftreinhaltepläne mit Kommunen

Ersatz von Dieseltriebfahrzeugen im Schienenverkehr

Seniorenrechtlicher ÖPNV

Reduktion von Schienenlärm

SPD

Berücksichtigung von Arbeits- und Tarifstandards bei Ausschreibungen für Betrieb von Busstrecken

„Bahnhöfe-Förderprogramm 2030“ auf Landesebene

Testfelder für vernetztes Fahren auf Autobahnen und Landstraßen

Änderung des Personenbeförderungsgesetzes zur uneingeschränkten Direktvergabe der ÖPNV-Konzessionen von Kommunen an Verkehrsbetriebe

Schrittweise Angleichung der Regularien für die Lärmsanierung von Bestandsstrecken an Vorschriften der Lärmvorsorge an neuen Strecken

Ausbau von weiteren Güterverkehrs- und Logistikzentren in Hessen

Erprobung neuer städtischer Logistikkonzepte

Mehr Lkw-Parkplätze an Autobahnraststätten

Ausbau von Anruf- und Sammeltaxen

DIE LINKE

SUV-Verbot in Innenstädten

Förderung des Radverkehrs

Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr

Verlagerung möglichst vieler Kurzstreckenflüge auf den Zugverkehr

Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr

Schließung der Nordwestlandebahn

Stopp des Baus von Terminal 3

Vollständige Entschädigung der Anwohner bei nicht reduzierbarem Fluglärm

Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet

Zurückstufung von Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz

B 90/Die Grünen

Stärkere Verkehrsüberwachung

Einführung weiterer Flatrate-Tickets

Hessenweites Seniorenticket

Bürgerticket als Jahreskarte

Förderung von Versuchen zu Ridesharing-Diensten und autonomen Bussystemen

Öffentliche Verfügbarkeit der Fahrplan-Daten der Verkehrsverbünde

Keine weitere Expansion des Flughafens Frankfurt

Überprüfung der Ausnahmeregelungen für Landungen

Erhöhung der Lande- und Startgebühren für verspätete Flüge

Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr

Besserer Lastenausgleich für Kommunen bei Fluglärm

Schadstoffstudie nach Vorbild der NORAH-Studie

Keine Subventionierung des Flugverkehrs

Mineralölsteuer auf Flugzeugtreibstoffe

AfD

Korrektur der fehlerhaften Aufstellung von Messgeräten für Luftqualität durch Kommunen

Lärmschutz an Flughafen Frankfurt unter Berücksichtigung des Wirtschaftsstandorts

Elektroantrieb kein Ersatz für Verbrennungsmotoren

Keine Bereitstellung der Ladeinfrastruktur durch Staat

Keine Subventionen von batteriebetriebener Elektromobilität

Teilweise Streichung des § 11 im Kommunalabgabengesetz

Investitionsprogramm für Lärmschutz

FDP

Erhöhung der Mittel für Straßenplanung auf mindestens 90 Millionen Euro jährlich

Grundlegende Reform des Planungsrechts

Stärkung der Beteiligung von Bürgern in der frühen Planungsphase

Anschluss vom Kassel Airport über eine Nordspange an Bundesstraße

Weiterbau der A44 zwischen Kassel und Eisenach

Lückenschluss der A49

Machbarkeitsstudie für weitere Rheinquerung im Bereich Rüdeshheim/Bingen

Nordumfahrung der Stadt Kassel

Mehr Investitionen für Landesstraßen, Autobahnen und Bundesstraßen

Zuweisung der Trassenfreihaltung an Regionalverband Frankfurt-Rhein-Main

Stärkung der Regional- und S-Bahn-Verbindungen

CDU

Fertigstellung der A44 und A49 sowie des Riederwaldtunnels

Ersatzneubau einer Rheinbrücke zwischen Mainz und Wiesbaden

Ausbau der A4 (B508)

Sanierung der Brückenbauwerke der A45

Bau der Regionaltangente West

Fortführung des 3. Gleises zwischen Frankfurt/Friedberg und Gießen

S-Bahn-Anbindung des Terminal III am Flughafen Frankfurt

Bau der Nordmainischen Bahn und einer Regionaltangente Ost

Sanierungsprogramm für kommunale Schieneninfrastruktur

Temporäre Freigabe von Standstreifen auf Autobahnen

LKW-Überholverbote

Mehr Mittel zur Instandhaltung und Sanierung aller Landesstraßen

Ausbau von Radschnellwegen

SPD

Erhöhung der Mittel für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV auf 200 Mio. Euro

Ausbau der Fahrradinfrastruktur

Keine Straßenausbaubeiträge

Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Landesstraßen

Stärkung der Straßenbauverwaltung Hessen Mobil

Keine Privatisierung der Landesstraßenbauverwaltung

Weiterbau der A44, der A49 und weiterer Bundesstraßen

Drittes und viertes Gleis für die S6 von Frankfurt nach Friedberg

Drittes Gleis für die MainWeser-Bahn nach Gießen

Bau der Nordmainischen S-Bahn und der Regionaltangente West

Ausbau der Strecke Hanau-Fulda/Würzburg/Bad Hersfeld, Mannheim-Frankfurt

Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Kassel und Thüringen/Sachsen

DIE LINKE

Mehr ergänzende Bahnstrecken im Rhein-Main-Gebiet, zur Entlastung des Rheintals, in Mittel- und Nordhessen

Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken

Keine lärmintensiven Fernverkehrsstraßen durch Wohngebiete

Nachfahrverbote für Lkw auf Landstraßen

Alternative Streckenführung im Oberen Mittelrheintal

Ersatzlose Streichung der Straßenbeiträge

B 90/Die Grünen

Verbesserung der Radfernwege und Zertifizierung als ADFC-Qualitätsrouten

Tangentiale Busverbindungen als Überbrückungsangebot bis zum Bau einer Ost-Tangente im Rhein-Main-Gebiet

Reaktivierung der Lumda-, der Horloff- oder der Aartalbahn

Sanierung von Landesstraßen und Brücken

Steigerung des Landesstraßenbauetats für Radwegeausbau

Aufnahme von Radschnellwegen in Hessisches Straßengesetz

Öffnungsmöglichkeit von geeigneten Radwegen für S-Pedelecs und Elektroroller

Bau von Fahrradparkhäusern und -stationen

Landesweiter Radwegeplan

Meldeplattform für bestehende Mängel an landeseigenen Radwegen

Schienen-Ringverbindung um Frankfurt

AfD

Keine Dauerbaustellen

Sonderprogramm in Höhe von 200 Millionen zum Neubau hessischer Landesstraßen

Zuschuss-Sonderprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro für hessische Kreisstraßen

Prüfung und Bau von Entlastungsstrecken für Güterverkehr

Innere Sicherheit und Offene Gesellschaft

FDP

Stärkung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) sowie der Cybersecurity-Forschung

Geschwindigkeitskontrollen an Unfallschwerpunkten statt Blitzermarathon

Reform des hessischen Verfassungsschutzgesetzes

Erweiterung und Verbesserung parlamentarischer Kontrolle

Zeitgemäßes Verfassungsschutzgesetz und bessere Sicherheitsarchitektur

Aufrüstung der Videoüberwachung an neuralgischen Punkten

Automatische Überschreibung von Aufnahmen ohne strafrechtliche Relevanz

Ausbau von Deradikalisierungs- und Präventionsprogrammen in Zusammenarbeit mit dem Violence Prevention Network (VPN)

Gefährderüberwachung mittels elektronischer Fußfessel

Keine Duldung ausländischer Intensivtäter und illegaler Aufenthalte

CDU

Einführung heimlicher Betretungsrechte zur Sicherstellung von TKÜ-Maßnahmen

Überwachung der verschlüsselten Internetkommunikation von Tatverdächtigen

Abfrage von Telekommunikationsdaten

Ausbau des Netzwerks Deradikalisierung im Strafvollzug (NeDiS)

Bekennnis zur Bundeswehr

Alkoholverbote im öffentlichen Raum

Waffenverbotszonen in bestimmten Stadtgebieten

Verschärfung des Strafrechts zur Ahndung illegaler Autorennen

Einführung eines zentralen Bundesmelderegisters

Einführung von Regelungen zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung und zur Online-durchsuchung

Längerer Präventivgewahrsam von Gefährdern

Überwachung von Jugendlichen bereits ab 14 Jahren

SPD

Bekämpfung von Cybercrime

Reform des hessischen Verfassungsschutzgesetzes

Verankerung der Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission in Landesverfassung

Mindeststandards für kritische Infrastruktur

Ausweitung von Häusern des Jugendrechts auf weitere Standorte

Initiierung eines Opferfonds

Vollumfängliche Finanzierung von Beratungsstellen für Kriminalitätsoffer durch Land

Konsequente Verfolgung und Bestrafung von Vorgehen gegen Einsatzkräfte

DIE LINKE

Auflösung des Verfassungsschutzes

Beendigung des V-Leute-Systems

Ausbau der Hilfsangebote für Gewaltopfer

Einrichtung einer landesweiten Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung

Keine Überwachung antifaschistischer Initiativen

B 90/Die Grünen

Keine Waffen für beim Verfassungsschutz bekannte Extremisten

Nur anlassbezogene Überwachungsmaßnahmen

Abstimmung des Einsatzes von Kameras mit dem Datenschutzbeauftragten

Keine intelligente Videoüberwachung

Weiterentwicklung der Regelungen zur Parlamentarischen Kontrollkommission und der Regelungen zu V-Leuten

Einschränkung von privatem Waffenbesitz

Ausbau der Beratungs- und Deradikalisierungsangebote für Inhaftierte

Ausbau der muslimischen Seelsorge

Stärkung des Opferschutzes

Weiterentwicklung des Zeugenschutzes

Stärkung des Täter-Opfer-Ausgleichs

Mehr Häuser des Jugendrechts

AfD

Strengere Grenzkontrollen

Verdachtsunabhängige Kontrollen zur Bekämpfung von Ausländerkriminalität

Kontrollen an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten

Aberkennung bereits erlangten Aufenthaltstitels bei Identitätstäuschung

Ausländerrechtliche Maßnahmen im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität

Differenzierung der Straftaten und Tatverdächtigen in Kriminalstatistik

Mehr Personal und Ausstattung für hessischen Landesverfassungsschutz

FDP

Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts

Ausbau der Jugendvollzugsanstalten zu Bildungszentren

Gründung einer Opferschutzstiftung

Auskunftsrechte für Opfer

Verstärkung tatusgleichender Maßnahmen

Schaffung moderner Resozialisierungskonzepte

CDU

Regelung des Zugriffs der Strafverfolgungsbehörden auf E-Mails

Verpflichtende Identifizierbarkeit von Handynutzern

Förderung und Ausbau von Häusern des Jugendrechts

Erprobung von Bodycams im Strafvollzug

Arbeitspflicht für Gefangene

Festhalten an risikoorientierter Bewährungshilfe

Festhalten an elektronischer Aufenthaltsüberwachung

Wiedereinführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung

Einführung eines digitalen Strafbefehlsverfahrens

Bekämpfung von häuslicher Gewalt

Einsatz der elektronischen Fußfessel

SPD

DIE LINKE

B 90/Die Grünen

Ausweitung von Mediationsverfahren

Stärkung der richterlichen und nicht-richterlichen sowie der außergerichtlichen Streitbeilegung

Stärkung des Gesundheitsmanagements im Justizbereich

Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Richtern über die Altersgrenze hinaus

Überprüfung der Relevanz von Strafbeständen im Bereich der Kleinkriminalität

Bessere Vernetzung zwischen Strafvollzug und kommunalen Hilfsangeboten

Ausbau ambulanter Angebote für straffällige Jugendliche

Anti-Aggressivitätstrainings von Gefangenen

Alternativen zum geschlossenen Strafvollzug

Zugang zur Substitutionstherapie für in hessischen JVs inhaftierte Drogenkonsumenten

AfD

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD
Ausbau des Programms „Schutzmann vor Ort“	Mehr Polizisten im öffentlichen Raum	Mehr Polizisten im öffentlichen Raum	Ausbau und Erhalt regionaler Rettungsleitstellen	Verbesserung der Datenbasis der polizeilichen Kriminalstatistik	Kein Einfluss von Herkunft, Religion oder politischer Einstellung auf Strafzumessung
Neustrukturierung der Polizeiverwaltung	Ausstattungs-offensive bei Polizei	Mehr Funkstreifenwagen pro Station	Ausschließliche Ernennung von Richtern und Staatsanwälten durch Richterauswahlausschüsse	Mehr Menschen mit Migrationshintergrund bei Polizei	Erhöhung der Polizeipräsenz und technischer Unterstützungsmaßnahmen an öffentlichen Plätzen
Neues Berufsbild des Polizeiverwaltungsassistenten	Erhalt der hessischen Polizeipferde- und Hundestaffeln	Befreiung von Polizisten von Verwaltungs- und sachfremden Aufgaben	Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte	Förderung von Frauen im Polizeiberuf	Flächendeckende Einrichtung von Polizeiposten
Ausstattung Streifenwagen mit mobilen Geräten und Apps	Vergütung von Mehrarbeitsstunden bei der hessischen Polizei	Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage	Erhalt von Amtsgerichtstandorten	Ombudsperson im Hessischen Landtag für Beschwerden gegen behördliches Handeln	Vermehrte Durchführung von verdachtsunabhängigen, landesweiten Kontrollen
Verbesserung der sachlichen Ausstattung und Einsatzmittel	Ausbau und Modernisierung der Polizeiliegenschaften	Neue Berufsfelder in der Justiz zur Zuarbeit der Staatsanwaltschaft	Ausbau der Prozesskostenhilfe	Entlastung der Polizei bei Verwaltungsaufgaben	Bedarfsgerechte Aufstockung des Polizeipersonals bei Beamten und bei Angestellten
Mehr Forschung zu „predictive policing“	Ausbau des Programms „Schutzmann vor Ort“	Zeugenzimmer mit professioneller Betreuung an allen Land- und Amtsgerichten	Abschaffung des Weisungsrechts	Verstärkter Einsatz von Wachpolizisten	Angleichung der Besoldung der Landespolizei an das Niveau der Bundespolizei
Unterstützung der Aktion Rettungsgasse	Schaffung von 300 zusätzlichen Polizistenstellen	Ausreichend Fachpersonal im Strafvollzug	Gleichstellung der Ausbildungsvergütung von Rechtsreferendaren im Justizdienst mit Lehramtsreferendaren	Anpassung der Regelung zur Sichtbarkeit von Tätowierungen von Polizisten an Bundesregeln	Deutsche Staatsangehörigkeit als Einstellungsvoraussetzung in den Polizeidienst
Erleichterungen für den Feuerwehrführerschein	Ausbau des freiwilligen Polizeidienstes	Keine Teilprivatisierung der JVA Hünfeld	Menschenwürdige Haftbedingungen von Strafgefangenen	Ausbau der Beratungs- und Deradikalisierungsangebote für Inhaftierte	Frühzeitige Fahndung nach Straftätern mit Lichtbildern
Moderne Ausstattung der Landesfeuerweherschule	Erhöhung der Finanzmittel des Bundes zur besseren Ausstattung der Bereitschaftspolizisten der Länder	Mehr qualifiziertes Fachpersonal in Justizvollzugsanstalten	Keine Privatisierungen von Haftanstalten	Fortbildungsangebote für Fachkräfte in Justiz	Aufstockung des Personals bei Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsangestellten
Bereitstellung von Schulungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit hessischen Berufsfeuerwehren und hessischer Polizei	Einrichtung einer Taskforce Digitalforensik beim Hessischen Landeskriminalamt	Schaffung eines Resozialisierungsgesetzes	Alternativen zum Strafvollzug	Ausbau der muslimischen Seelsorge	Keine Berichtspflicht von Staatsanwälten an Justizminister
Keine Kostenbeteiligung von Veranstaltern oder Vereinen an Polizeieinsätzen	Landesoffensive zur Nachwuchsgewinnung im Brand- und Katastrophenschutz	Keine Zusammenlegung der Bewährungs- und Gerichtshilfe	Aufgabenkritik für Polizei	Stärkung des Opferschutzes	Keine Einstellung von Staatsanwälten und Richtern durch Justizministerium
Ausweitung „Task-Force Mutterschutz“ auf alle Gerichtszweige	Fortführung des hessischen Justizaufbauprogramms	Modellhafte Wiedereinführung von Arbeitsgerichtstagen	Vorgehen gegen Bürgerwehren	Weiterentwicklung des Zeugenschutzes	Keine Einstellung von Staatsanwälten und Richtern durch Justizministerium
		E-Justice	Abschaffung der Kennzeichnung ANST	Stärkung des Täter-Opfer-Ausgleichs	

FDP

Stellenpool für Unterbesetzungen im Justizwesen und angemessener Wettbewerb

Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit

Befürwortung des Anwaltsnotariats

Schaffung neuer Spezialzuständigkeiten für Richter wenn notwendig

Unterhaltsbeihilfe für Kommunen

E-Justice

Teilprivatisierung von nicht-hoheitlichen Tätigkeiten im Justizvollzug

Familienorientierung für Gefangene

Etablierung moderner Formen der Telekommunikation für Gefangene

Enge seelsorgerische Betreuung muslimischer Gefangener

CDU

Verpflichtendes Polizeistreifenpraktikum für Rechtsreferendare

Schaffung einer englischsprachigen Kammer am Justizstandort Frankfurt

Überprüfung aller Bewerber für hessische Justiz auf extremistische Einstellung

Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur an Gerichten und Staatsanwaltschaften

Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs bis zum Jahr 2026

Modernisierung aller hessischen Justizvollzugsanstalten sowie der Jugendarrestanstalt

SPD

Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Personal-, Staatsanwalts- und Richterräten

Stärkung alternativer Streitbeilegung

Erweiterung der Zuständigkeiten des Schiedsamtswesens

Erhalt der Ortsteilfeuerwehren

Zehnminütige Hilfsfristen bei Feuerwehreinsätzen

Konsequente Verfolgung und Bestrafung von Vorgehen gegen Einsatzkräfte

DIE LINKE

Kennzeichnungspflicht für Beamte bei Einsätzen

Beschwerdestelle für Fehlverhalten von Polizeibeamten

Sensibilisierung und Schulung der Polizei im Umgang von Opfern sexualisierter Gewalt

Einrichtung einer landesweiten Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung

B 90/Die Grünen

Mehr Häuser des Jugendrechts

Ausweitung von Mediationsverfahren

Stärkung der richterlichen und nicht-richterlichen sowie der außergerichtlichen Streitbeilegung

Weiterentwicklung der Referendariatsausbildung und der Fortbildungsangebote

Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Richtern über die Altersgrenze hinaus

Überprüfung der Relevanz von Strafbeständen im Bereich der Kleinkriminalität

Bessere Vernetzung zwischen Strafvollzug und kommunalen Hilfsangeboten

Ausbau ambulanter Angebote für straffällige Jugendliche

Alternativen zum geschlossenen Strafvollzug

Zugang zur Substitutionstherapie für in hessischen JVs inhaftierte Drogenkonsumenten

Safer-Use- und Safer-Sex-Programme in allen Haftanstalten

AfD

Einrichtung eines Justizausschusses und eines Justizverwaltungsrats

Austausch von Informationen des Verfassungsschutzes mit Dienststellen des Staatsschutzes der Polizei

Veröffentlichung von Beobachtungen durch Verfassungsschutz erst nach Anklage eines Gerichtes

Keine fallbezogene Einflussnahme auf den Verfassungsschutz seitens der Politik

FDP

Auflegung Masterplan gegen religiösen Extremismus

Keine Finanzierung von islamistischen, salafistischen oder sonstigen extremistischen Moscheevereinen aus dem Ausland

Ablehnung von Abhängigkeiten von Religionsgemeinschaften gegenüber ausländischen Regierungen

Fortsetzung der Arbeit des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus (HKE)

Verbot offener Werbung für Salafismus, Islamismus oder für den Dschihad

Strafrechtliche Verfolgung von Antisemitismus

Entwicklung eines spezifischen Programms gegen Linksextremismus

Keine Duldung von Hasspredigern

Verbot von Vereinen, Moscheegemeinden bzw. Hinterhofmoscheen und Gruppierungen, die Grundgesetz aktiv bekämpfen und eigene Rechtsordnung implementieren wollen

CDU

Verbot der Gesichtsverhüllung im Gerichtssaal

Berufung eines Antisemitismusbeauftragten

Strafbarkeit von Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen

Einführung einer Verbunddatei zum gewaltorientierten Linksextremismus

Präventionskonzepte gegen Linksextremismus

Keine Einbürgerung von Extremisten

Keine Kinder- oder Mehrfachehen

Keine Schulkooperationen mit muslimischen Partnern, die Verfassung und Wertesystem nicht entsprechen

Verfassungsrechtlich garantierte Ausübung der Religionsfreiheit

SPD

Konsequente Bekämpfung von extremistischem Gedankengut

Übernahme von erfolgreichen Konzepten der Extremismusbekämpfung in staatliche Regelstrukturen

Keine Extremismusklausel

Beratungs- und Unterstützungsangebot für Opfer extremistischer Straftaten

DIE LINKE

Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus innerhalb von Behörden

Förderung von Projekten zur Demokratieförderung und gegen Rassismus

Förderung von Bündnissen und gesellschaftlichen Mobilisierungen gegen rechts

Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements

Keine Verbote von Sakralbauten und religiös motivierter Bekleidung

B 90/Die Grünen

Stärkung der Extremismusprävention

Keine Überprüfung von demokratiefördernden Initiativen durch Verfassungsschutz

Gründung einer Landespräventionsagentur

Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke

Unterstützung der Projekte „IKARus“ und „Response Hessen“

Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden im Umgang mit Internetpropaganda und Hetze im Netz

Verstärkter Fokus der Sicherheitsbehörden auf Reichsbürger

AfD

Keine Anerkennung von islamischen Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts (KdöR)

Keine Finanzierung des Baus und des Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber

Keine Einführung islamischer Feiertage

Keine Minarette und kein Muezzin-Ruf

Keine Vollverschleierung oder Kopftücher in Öffentlichkeit und öffentlichen Dienst

Keine Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen gemäß der Scharia

Unterbindung der Finanzierung von extremistischen Aktivitäten

Bekämpfung von Islamismus, Links- und Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Verbot gemäß Art. 9 (2) GG für Moscheevereine, deren Imame eine gegen Grundgesetz und Rechtsordnung verstoßende Lehre verbreiten

FDP

Online-Stimmabgabe bei Wahlen

Online-Sammlung von Unterschriften bei Volksbegehren

Freistellung für ehrenamtlich in der Jugendarbeit Engagierte

Förderung von Jugendlichen im Ehrenamt

Stärkung von Vereinen

Pakt für den Nachmittag

Verstärkte Förderung von Kooperationen und mehr Angebote von Sportvereinen

CDU

Tag der Landtagswahlen als „Feiertag der Demokratie“

Keine Paralleljustizen

Fortsetzung der Respektkampagne

Maßnahmen zur Stärkung der hessischen Identität

Errichtung eines „Hauses der hessischen Geschichte“

Bekennnis zum Hessestag

Einführung einer gemeinwohlorientierten Dienstpflicht

Ausbau der Ehrenamtskarte

Praxisgerechte Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung für Vereine

Maßnahmenpaket gegen Übergriffe auf ehrenamtlich Tätige

SPD

Mehr digitale Beteiligungsverfahren

Online-Verfügbarkeit von allen Verwaltungsvorgängen

Stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern innerhalb der kommunalen Gremien

Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Schule und Vereinen

Aufwertung der Jugendleiter-Card (Juleica)

Förderung der Jugendfreiwilligendienste

Freiwilliges Soziales Jahr in der Feuerwehr

Barrierefreier Livestream des Hessischen Landtages

Förderung unterstützender, bedarfsgerechter hauptamtlicher Strukturen für das Ehrenamt

Ausbau des Angebots und des Berechtigtenkreises der Ehrenamtskarte

DIE LINKE

Transparenzgesetz für politische Prozesse und Entscheidungen

Verbesserung der Auskunfts- und Kontrollrechte der gewählten Gemeindevertretungen

Landesweites Lobbyregister

Einführung von Bürgerbegehren und Entscheiden

Senkung der Hürden für Beteiligungen an Volksentscheiden nach Art. 116 Hessische Landesverfassung und Bürgerversammlungen nach § 8a HGO

Mehr Demokratie und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene

Livestream bei Landtagsdebatten

Automatischer Rechtsschutz für ehrenamtliche Tätigkeiten

Beendigung der Staatsleistungen an Kirchen

1. Dezember als staatlicher Feiertag in Hessen

B 90/Die Grünen

Befristung und Evaluierung neuer Gesetze

Hessische Ehrenamtsstrategie

Einführung eines Beauftragten für Bürgerbeteiligung und Engagement

Stärkung von Freiwilligenagenturen

Online-Beteiligungsverfahren und Online-Petitionen vom Hessischen Landtag

Erprobung neuer Formen von Bürgerbeteiligung

Einführung eines Lobbyregisters

Stärkung des Versammlungsrechts

Open-Government-Initiative

Anspruch auf eine Ehrenamtskarte für Inhaber der Jugendleiter-Card

AfD

Senkung der Hürden für Beteiligungen an Volksentscheiden nach Art. 116 Hessische Landesverfassung und Bürgerversammlungen nach § 8a HGO

FDP

Beseitigung struktureller Probleme und Hindernisse zur Gleichstellung von LSBTI

Schutz von LSBTI in Flüchtlingsunterkünften

Beendigung operativer zwangsweiser Geschlechtszuweisung von intersexuellen Kindern

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Integration von Frauen aus islamischem Kulturkreis in Arbeitsmarkt

Ausbau des Diversity Managements im Bereich der Wirtschaft

Etablierung toleranter Unternehmenskulturen

CDU

Keine Frauenquoten

Abbau des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Keine Verwendung von gendergerechter Sprache in öffentlicher Verwaltung

SPD

Überprüfung aller Gesetzesinitiativen nach Genderaspekten

Abbau der Lohnkluft zwischen Männern und Frauen

Festschreibung von Sanktionsmöglichkeiten und Kontrollmechanismen im HGIG

Ausweitung des Geltungsberichts des HGIG

Paritätische Gremienbesetzung

Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente

Personelle und finanzielle Aufstockung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
Soforthilfe für Opfer von sexuellen Straftaten

Sensibilisierung von Schulen für das Problem der Diskriminierung von LSBTI

Hessisches Landesantidiskriminierungsgesetz

DIE LINKE

Flächendeckendes Netz von Fachberatungsstellen gegen sexuelle und andere Gewalt

Bessere Personalschlüssel für Frauenhäuser

Quotierte Besetzung von Ämtern und Mandaten in allen Bereichen (mindestens 50 Prozent Frauen)

Sanktionen für Unternehmen bei schlechterer Bezahlung von Frauen bei gleichwertiger Arbeit

Sensibilisierung gegenüber sexistischer Werbung

Förderung und Ausbau von Beratungsangeboten für Mädchen mit Missbrauchserfahrungen

Anerkennung der Co-Mutterschaft in Abstammungsrecht

Vollständiges Adoptionsrecht für homosexuelle Paare

Operationen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung nur nach Einwilligung

Hessisches Landesantidiskriminierungsgesetz

B 90/Die Grünen

Paritätische Geschlechterverteilung in hessischer Landesverwaltung

Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände

Stärkung von LSBT+IG und der SCHLAU-Projekte

Ausbau der Erinnerungskultur zu Opfern des §175

Budget für Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in hessischen Polizeipräsidien

Verstärkung der Fürsorge für queere Geflüchtete

Aufnahme des Kriteriums sexuelle Orientierung in Art. 3 GG

Verbot von Konversionstherapien

Instrumente und Leitfäden gegen Sexismus für Schulen, Polizei und Landesverwaltung

Frauenquote in vom Land geförderten Einrichtungen

Abschaffung des Werbeverbots nach §219a StGB

Förderung, Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern

AfD

Kein Gender-Mainstreaming

Keine staatliche Förderung von Gender-Studies

Homosexualität und andere sexuelle Orientierungen (LSBTTIQ) als nicht gleichwertige Erscheinungsformen menschlicher Sexualität

Keine geschlechterneutrale Sprache

FDP

Begleitung sozialschwacher Familien durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte

Ansiedlung der Kindertagespflege in Kommunen

Einrichtung von Jugendparlamenten mit Initiativrecht auf kommunaler Ebene

Kinderrechte in die Hessische Landesverfassung

Verankerung der Seniorenbeiräte in Hessischer Gemeindeordnung

Volles Wahlrecht ab 18

CDU

Reform des Pflegekinderwesens

Ausbau der Hessischen Familienzentren

Stärkung der Frühen Hilfen

Etablierung von Kinderschutzkoordinatoren auf kommunaler Ebene

Verpflichtende Einbindung von Schule und Tagespflege in Regelungen zur Gefährdungsmeldungen

Kooperationen von Kinderschutzambulanzen mit Jugendämtern

Fortführung der Familienkarte Hessen

Ausweitung des Bundeskinderschutzgesetzes

Stärkere Staffelung familienpolitischer Leistungen nach Kinderanzahl

Einführung von Familienkarten in landeseigenen Einrichtungen

Familienfahrkarten in Verkehrsverbänden

Fortsetzung der Initiative „Aktion Generation“

Flexiblere Zuverdienstmöglichkeiten von Senioren

SPD

Einführung des aktiven Wahlalters von 16 Jahren

Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte

Leitlinien zur Sicherstellung der Beteiligung junger Menschen

Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in der Feuerwehr

Stärkung der außerschulischen Jugendbildung

Beratungsangebote und polizeiliche Schutzmaßnahmen für Senioren

Unterstützung außerschulischer kultureller Jugendarbeit

DIE LINKE

Landesaktionsplan gegen Kinderarmut

Stärkung von Kinderrechten und Jugendarbeit

Kindergrundsicherung

Erhalt von Jugendzentren

Verstärkter Einsatz von Streetworker/innen

Verbesserte Finanzierung der Jugendverbände

Politische und gesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen in Schulen und Vereinen

Senkung des Wahlalters auf 16

Unterstützung von Kinder- und Jugendparlamenten

Garantierte Rechte von Jugendlichen in Jugendhilfeverfahren und bei Trennungen

B 90/Die Grünen

Senkung des Wahlalters auf 16

Änderung der Hessischen Verfassung in Art. 4

Entwicklung einer Kinder- und Jugendrechte-Charta

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen bei sie betreffenden Maßnahmen

Fortschreibung des Aktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt

Kooperationsstandards für Zusammenarbeit der Professionen

Prüfung der Reform der Jugendhilfeverwaltung

Einführung eines Jugendchecks und eines Jugendmonitorings

Flächendeckende kommunale Jugendparlamente

AfD

Förderung von Familien mit drei und mehr Kindern

Gesellschaftliche Aufwertung des Erfolgsmodells Familie und der Mutterrolle

Steuerliche Entlastung von Familien und erhöhter Schutz ungeborenen Lebens

Verbreitung eines positiven Familienbildes in Politik, Medien und Gesellschaft

Finanzielle Unterstützung von elterlicher Betreuung

Gleiches Elterngeld bei Mehrlingsgeburten

Förderung familienunterstützender Dienstleistungen

Ausbau der Kinderbetreuung an Grundschulen

FDP

Gesteuerte Einwanderung von qualifizierten Fachkräften

Öffnung von InteA-Klassen (Integration und Abschluss) bis zu einem Eintrittsalter von 25 Jahren

Ausschöpfung der Möglichkeiten der BlueCard

Ausbau und Vertiefung des Landesprogramms WIR

Ausweitung der Sprachfördermaßnahmen über Berufseinstieg hinaus

Praktika in der Landesverwaltung für Flüchtlinge und Migranten

CDU

Übernahme von Schülern aus Integrationsklassen in Regelunterricht erst nach bestandener Deutschprüfung

Einführung von Familienklassen

Fortsetzung der „InteA-Klassen“

Familiennachzug nur nach individueller Prüfung

Unterstützung der Maßnahmen zur Steuerung und Ordnung der Migration

Beschleunigung der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen

Schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Fortentwicklung der Ausländerbeiräte zu Integrationsausschüssen

Beachtung der Bedürfnisse Heimatvertriebener und spät ausgesiedelter Deutscher

Unterstützung der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“

SPD

Verstetigung des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“

Familiennachzug für alle dauerhaft hier lebenden Menschen

Kommunales Wahlrecht für alle in Hessen lebenden Migranten

Verbindliche Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünfte

Keine Leistungskürzungen für Schutzsuchende

Mehr alltagsintegrierte bedarfsgerechte Angebote zur Sprachförderung

Erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Weiterentwicklung kommunaler Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden

Serviceeinrichtungen

Unterstützung kommunaler Ausländerbeiräte und ihrer Dachorganisationen

Erweiterung der Rechte und Befugnisse der Ausländerbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung

DIE LINKE

Gleichberechtigte Partizipation von Eingewanderten

Weiterentwicklung kommunaler Ausländerbeiräte

Flächendeckendes Angebot an unabhängigen Beratungsstellen

Einrichtung eines Rechtshilfefonds

Leichtere Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Besseres Angebot an Nachqualifizierungen und an berufsspezifischen Deutschkursen

Interkulturelle Förderung der Landesverwaltung

Besserer Zugang zu Gesundheitsleistungen und Pflege für Migranten

Kultursensible Alterspflege für eingewanderte Senioren

Gesundheitsleistungen für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus

Erleichterung des Familiennachzugs

Abschaffung von Sprachtests

B 90/Die Grünen

Ausbau der Angebote für Rechtsstaatskunde

Gründung einer Stiftung politisch Verfolgter

Programm „Deutsch für Alle“

Angebote zur Traumaverarbeitung

Schnelle Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

Kinderbetreuung während Sprachkurse

Fortsetzung der Programme „Wirtschaft integriert“ und „Sozialwirtschaft integriert“

Unabhängige Verfahrensbeistandschaft

Aufbau von „WIR-Integrationszentren“

Mittel für die Professionalisierung von Migrantenselbstorganisationen

Unterstützung der interkulturellen Öffnung von Verwaltungen

Hessisches Integrationsgesetz

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger

AfD

Kein Familiennachzug

Transparenz aller zuwanderungsbedingten Kosten

Fehlerfreie Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift

Anhebung der Standards des Einbürgerungstests

Beendigung der doppelten Staatsbürgerschaft

Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen führt zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Frühzeitiger Einbezug von Bürgern in geplante Errichtungen neuer Asylbewerberunterkünfte

Eigenständige Festlegung der Aufnahmekapazität durch Kommunen

Vollständige Finanzierung aller Aufwendungen für Asylbewerber durch Bund

Altersuntersuchungen bei Flüchtlingen in Zweifelsfällen

Ausnahmsloser Übergang ins Asylverfahren bei Erreichen der Volljährigkeit

FDP

Hessisches Datenschutzsiegel
Optimierung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

CDU

Stärkung der Lebensmittelkontrollbehörden
Keine staatlich verordnete Lebensmittelampel
Einführung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Lebensmittelsicherheit
Weiterentwicklung der vorhandenen Laborkapazitäten im Bereich der Lebensmittelsicherheit
Beibehaltung der Online-Schlichtungsstelle

SPD

Einführung einfacher und verlässlicher Kennzeichnungen zur Orientierung der Verbraucherinnen und Verbraucher
Juristische Mindeststandards auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene im Kinder-, Jugend- und Verbraucherschutz

DIE LINKE

Stärkung von Verbraucherrechten und Verbraucherverbänden
Keine Gesundheitsgefährdung ausgehend von Produkten und Dienstleistungen

B 90/Die Grünen

Förderung der Verbände der Verbraucherberatung
Verständlichere Ausgestaltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)
Erweiterung der Produkthaftung auf Software
Novellierung des Lebens- und Futtermittelgesetzes
Bundeseinheitliche Hygienekennzeichnung von Restaurants
Kontrollnetz der Inhaltsstoffe von Kinderspielzeug
Kontrolle von Finanzdienstleistungen

AfD

Deklarationen auf Konsumgütern

FDP

Steuerfreie Pauschalen und weniger Bürokratie für Sportvereine

Finanzielle Unterstützung sportlichen Engagements durch Staat

Förderung gemeinsamer Veranstaltungen für Menschen mit und ohne Behinderung

Ausbau von Sportkooperationen zwischen Kitas/Kindergärten, Schulen und Vereinen

Fortführung des Landesprogramms „Schule und Verein“

Gewährleistung der Schwimmfähigkeit der Kinder bis Ende der Grundschulzeit

CDU

Modernisierung von Sportstätten

Einführung digitaler „Sportatlas Hessen“

Installierung und Ausweitung von Angeboten im Gesundheitssport

Förderung des vereinseigenen und kommunalen Sportstättenbaus

Ausstattung des Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramms

Fortsetzung des Programms „Sport und Flüchtlinge“

Besondere Förderung des Leistungssports

Bessere Vereinbarkeit von Karriere und Sport

Förderung von Sportgroßveranstaltungen in Hessen

Stärkung der Jugendarbeit im Bereich des Schulsports

Ausweitung des Modellprogramms „Tägliche Sportstunde“

Ausschreibung eines Landeswettbewerbs „sportlichste Kommune in Hessen“

SPD

Finanzielle Unterstützung für Hallen- und Freibäder

Programm „Sport in Hessen 2025“

Unterstützung von Kommunen und Vereinen bei Neubau und Sanierung von Schwimmbädern und Sportanlagen

Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen

Kooperationen mit Sportvereinen an Ganztagschulen

Förderung junger Menschen im Wettkampf- und Spitzensport

DIE LINKE

Sicherstellung des Schwimmunterrichts an Grundschulen

Bessere finanzielle Ausstattung des Landessportbundes und der Sportjugend

Bessere Unterstützung der Sportvereine vor Ort

Flächendeckender Schwimmunterricht an allen Grundschulen

Ausbau von Integrationsprojekten in Sportvereinen

Sportstättenanierungsprogramm des Landes mit jährlich mindestens 25 Mio. Euro

Sonderprogramm des Landes zur Sanierung und zum Betrieb von Frei- und Hallenbädern mit jährlich mindestens 25 Mio. Euro

B 90/Die Grünen

Beibehaltung des Landesprogramms „Sport und Flüchtlinge“

Dopingfreier Spitzensport

Gleiche Förderung von eSport

AfD

Staatliche Förderung von Sport und Bewegung in Kindergärten

Sicherstellung der für Schulsport vorgesehenen Stundenzahl von Sport- und Schwimmunterricht

Erweiterung und Ausbau des Programms der Lehrer-Trainer

Ausbau eines klaren sportpolitischen Konzepts sowie einer „Landesoffensive Sport“

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD
Beibehaltung und Verstärkung der Kulturförderung	Fortsetzung der Museumsförderung des Landes	Unterstützung von Kind- und Jugendtheatern	Förderung kultureller Bildung	Kulturförderung als Staatsziel in Hessischer Verfassung	Bekennung zur deutschen Leitkultur
Auflegung eines neuen Kulturinvestitionsprogramms	Bereitstellung eines festen Ankaufsetats für Museen	Entwicklung von Theaterlaboren	Erhalt einer Erinnerungskultur	Fortsetzung des Masterplans Kultur	Kulturhoheit des Landes Hessen
Nachhaltige Förderung des privaten Engagements für Kunst und Kultur	Aufnahme des Jugendstilensembles auf Mathildenhöhe in UNESCO-Weltkulturerbe	Neues Finanzierungsmodell für Staats- und Landestheater	Modernisierung des Urheberrechts	Entwicklung kulturpolitischer Leitlinien für Hessen in Beteiligungsverfahren	Keine Gelder für „politisch korrekte“ Kunst und Kultur
Erhalt der Kooperationsstruktur des Kulturfonds Rhein-Main und der Kulturregion unter finanzieller Beteiligung des Landes auf freiwilliger Basis	Unterstützung der Documenta	Künstlerische Tarifvereinbarungen auf Landesebene	Aufbau einer öffentlich-rechtlichen Suchmaschine	Bessere Verfügbarkeit von Ausstellungsflächen und Proberäumen	Aktionsplan zur Stärkung der deutschen Sprache
Fortführung wirtschaftlicher Filmförderung	Fortsetzung der Sanierung der Museumslandschaft Hessen Kassel	Verstärkung museumspädagogischer Aktivitäten	Kostenloser Eintritt in die Landesmuseen für Schüler und Studierende	Programm zur Instandsetzung von Kreativraum	Einstellung der Finanzierung politisch ausgerichteter Kultureinrichtungen aus Kulturerat
Unterstützung von Kind- und Jugendtheatern	Ausbau des Landesmuseums Wiesbaden	Landesmuseumsbeirat	Förderung von Kinder- und Jugendtheatern	Auflegung eines Atelierprogramms	Kulturpolitik als Aufgabe der Länder
Vernetzung hessischer Bibliotheken	Unterstützung des Deutschen Ledermuseums in Offenbach und des Jüdischen Museums in Frankfurt	Bereitstellung eines Budgets für kontinuierlichen Sammlungs-ausbau	Förderung von freien Kultur-initiativen und sozio-kulturellen Zentren	Unterstützung der Nutzung mobiler Bühnen und Livestreams	Geschichte und Kultur der Deutschen aus dem früheren Ostdeutschland und historisch deutscher Siedlungsgebiete als Thema an hessischen Lehrstühlen
Hessischer Theaterpakt	Vernetzung der Verwaltung der hessischen Schlösser und Gärten mit Kommunen und Tourismusverbänden	Verdoppelung der Zuwendungen	Freie Nutzung von Bibliotheken und Artotheken	Mindestausstellungsvergütung bei landeseigenen Institutionen für Kunstschaaffende	Dauerndes Ruherecht für Ehrengräber von Angehörigen der Bundeswehr
Verbesserung Rahmenbedingungen für Frankfurter Buchmesse	Arbeit der Denkmalpflege	Erweiterung von Hessen Design e. V. und Rat für Formgebung um institutionelle Förderung	Gebührenfreier oder zumindest bezahlbarer Besuch von Musikschulen, Museen sowie weiterer Kultureinrichtungen	Fortführung der Künstlersozialkasse	
Unterstützung hessischer Literaturpreise	Fortsetzung der Dachmarke „Kultur in Hessen“	Stärkung der hessischen Filmproduktionsstruktur	Mindeststandards und Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige	Stärkung von Jugendkultur in Kommunen	
Förderung der Denkmalpflege	Nutzung der Digitalisierung im Bereich der kulturellen Bildung	Filmhaus Hessen als Arbeits- und Begegnungsstätte für Film-Start-ups	Verbesserung des Künstlersozialversicherungsgesetzes	Förderung kleiner, ehrenamtlicher Festivals	
	Bekennnis zu Staatstheatern in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt	Einheitliche Vergabe für Festivals durch Fachjury bei HessenFilm	Förderung kulturtreibender Vereine	Förderung ehrenamtlichen Kulturengagements	
		Beirat bei HessenFilm		Kulturpreis für weibliche Kulturschaaffende	

FDP

Bautechnische Generalsanierung der Frankfurter Paulskirche und Entwicklung eines museums-pädagogischen Konzeptes zu 175-jährigem Jubiläum

Verortung der Erinnerungsarbeit für die Heimatvertriebenen bei Landeszentrale für politische Bildung

Entwicklung eines Gedenkstättenkonzeptes

Neugestaltung der Gedenkstätte Hadamar

CDU

Ausbau der Partnerschaft mit Theatern in Gießen und Marburg

Sanierung der Städtischen Bühnen in Frankfurt

Förderung der freien Theaterszene

Höhere Unterstützung für staatlich geförderte Musikschulen

Ausweitung des Modellprojekts „LandKulturPerlen“

Ausbau der Förderung der Soziokultur

Förderung der wissenschaftlichen Bibliotheken bei Digitalisierung

Unterstützung der Arbeit der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände

Erhalt von Gedenkstätten und Grenz Museen

Kostenloser Eintritt für sämtliche Dokumentationszentren und Museen für Schüler, Studenten und Auszubildende

SPD

Unterstützung des Landes bei Beschaffung von Musikinstrumenten

Sicherung von Ausbildung und beruflichen Chancen von Orchestermusikern und Solisten

Förderung von Musikschulen

Ausweitung der Autorenstipendien

Förderung hessischer Literaturpreise

Landesweiter Lesewettbewerb

Förderung öffentlicher Büchereien und Bibliotheken

Haus der kleinen Verlage

Fortführung der Arbeitsteilung zwischen dem Hessischen Immobilienmanagement und der Verwaltung Schlösser und Gärten

Unterstützung des Netzwerks ehrenamtlicher Helfer im Bereich der Denkmalpflege

Fachgremium für „Kunst am Bau“

Konzeptionelle Unterstützung von Jugendkunstschulen

Neue Modelle zur Förderung bildender Kunst

DIE LINKE

B 90/Die Grünen

Erhalt des künstlerischen Erbes von Frauen

Stärkere Berücksichtigung von Werken weiblicher Kunst beim Ankauf von Kunst durch das Land

Geschlechtergerechte Besetzung von Jurys, Gremien und Führungspositionen im Kultursektor

Bessere Ausstattung von Musikschulen

Ausbau der Filmförderung

Verstärktes Engagement Hessens für den Erhalt des Filmerbes

Weiterführung des Preises für Nachhaltigkeit in Kinos

Verbesserung der Filmfestivalförderung

Bessere Unterstützung der Bibliotheken durch das Land

Exilresidenzen für verfolgte Kunstschaaffende

Förderung der Erinnerungskultur

Kentlichmachung der Gräber von NS-Opfern und der Tatorte

Abschaffung des Tanzverbotes

Erhalt der Clubkultur

AfD

FDP

Stärkung des privaten Engagements und der Refinanzierungsmöglichkeiten von Presse- und Medienangeboten

Ersetzung Rundfunklizenzen durch Anzeigepflicht bei zuständigen Landesmedienanstalten

Gemeinnützige Anerkennung von Pressearbeit

Klare Definition der Programmaufträge und Profil der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Rundfunkstaatsvertrag

Abschaffung von Doppelbelastungen im Rahmen der Haushalts- und Betriebsstättenabgabe

Abschaffung Beitragsservice

Medienklausel in künftigen Koalitionsverträgen

Gemeinfreiheit für aus staatlichen Mitteln hergestellte Bildungsinhalte und Dokumentationen

Ausreichend Frequenzen für private Sender

Zulassung lokaler und regionaler privater Radioveranstalter

Zulassung regionaler Werbefenster

CDU

Durchsetzung einer dualen Rundfunkordnung

Bekennnis zur Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien

Unterstützung gesellschaftlicher Bündnisse zur Förderung der Medienkompetenz

SPD

Sicherung des Lokaljournalismus

Überprüfung des Medienkonzentrationsrechts

Chancengleichheit beim technischen und inhaltlichen Zugang zu Medien

DIE LINKE

Mitbestimmung durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien

Kultur der informationellen Selbstbestimmung als zentralem Ziel der Medienpolitik

Bewahrung und Förderung nicht-kommerzieller und Bürgermedien

Festlegung sozialer Ausnahmetatbestände bei Rundfunk- und Fernsehgebühren

Werbefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

B 90/Die Grünen

Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Werbefreies öffentlich-rechtliches und zeitlich unbegrenztes Vollangebot im Internet

Geschlechterquotierung der HR-Gremien

Öffentlichkeit der Sitzung der HR-Gremien

AfD

Umgestaltung oder Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems

Abschaffung des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags

Reduktion der Anzahl öffentlich-rechtlicher Fernseh- und Rundfunkprogramme

Vollständiger Verzicht auf Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Keine Vertreter des Islam-Dachverbands DITIB im Rundfunkrat

Keine hohen Gehälter und Betriebsrenten für Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Kündigung der Rundfunkstaatsverträge

Arbeit und Soziales

FDP

Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes

Entbürokratisierung des Arbeitsschutzes für Homeoffice-Arbeitsplätze

Ergänzung des Entgelttransparenzgesetzes um Teilzeitbeschäftigte

Unterstützende Maßnahmen für beruflichen Wiedereinstieg

Förderung von Diversity Management im Bereich der Wirtschaft

Anonymisierte Bewerbungen im ersten Bewerbungsschritt in staatlichen Institutionen und Behörden

Förderung für Handwerker bei Eignung für Meister-Ausbildung

Flexible Renteneintrittsmodelle

CDU

Unterstützung der Maßnahmen zur Nachqualifizierung Angeleitner

Gezielte Anwerbung qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte

Erhalt des Meisterbriefs

Ausdehnung des Förderprogramms „Meisterbonus“ auf weitere berufliche Abschlüsse

Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetzgebung

Aufnahme von gastgewerblichen Berufen in Positivliste für Mangelberufe

Einführung eines Programms zur zeitlich begrenzten Übernahme von Fachkräften aus internationalen Unternehmen

Schutz des Sonntags und hoher christlicher Feiertage

Ausnahmeregelungen von bis zu vier verkaufsoffenen Sonntagen

Berücksichtigung von Erziehungszeiten beim Erwerb von Rentenansprüchen

SPD

Flexible Arbeitszeitmodelle

Programm zur Förderung der beruflichen Qualifikation Alleinerziehender

Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit

Novellierung des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz

Umwandlung Arbeitslosenversicherung in Arbeitsversicherung

Weiterentwicklung des Bildungsurlaubs in Bildungszeit

Kostenfreies Meisterprogramm

Erhalt des Meisterbriefs

Rücknahme der Novellierung der Handwerksordnung

Recht auf Nichterreichbarkeit

Allgemeines Recht auf befristete Teilzeit

Schutz des Sonntags

„Passiv-Aktiv-Transfer“ zur Förderung der Erwerbstätigkeit

Wiedereinführung eines Armuts- und Reichtumsberichts

Besoldungsrecht folgt Tarifrecht

DIE LINKE

Vollständige Rücknahme von Hartz IV

10 Prozent mehr Lohn für Stammebelegschaft als für Leiharbeiter

Übernahme nach drei Monaten für Leiharbeiter

Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit

Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes

Investitionen von einer Milliarde Euro zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Stärkere Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegearbeit bei Arbeitszeitgestaltung

Verbot von „Union-Busting“

Transformations-Kurzarbeitergeld

Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent

Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro

Aufnahme von Landtagsabgeordneten in gesetzliche Rentenversicherung

B 90/Die Grünen

Begrenzung des Anteils an Kurzzeit- und Kettenbefristungen

Umsetzung der Begrenzung des kirchlichen Arbeitsrechts auf Bereich der religiösen Verkündigung

Stärkung der Interessenvertretung von Arbeitnehmern in kirchlichen Einrichtungen

Bessere Voraussetzungen für Home Office

Verbesserung der Sozialberichtserstattung

Kooperation mit in Schleswig-Holstein geplanten Zukunftslabor zur Analyse sozialer Absicherungsmodelle

Einführung eines Hessen-Passes

Ausbau der Kinderbetreuungsangebote an Landeskulturinstitutionen

Elternzeitbonus bei Stipendien und Preisen

Rückkehrrecht in Vollzeit

Rechtsanspruch auf vollzeitnahe Teilzeit

Eindämmung prekärer Beschäftigung

AfD

Leichterere Wiedereinstieg nach Betreuungspause

Keine Benachteiligung von Müttern, die ihre Kinder länger betreuen

Ausbau von Betriebskindergärten

Mehr Telearbeit

Flexibilisierung von Arbeitszeiten

Jobsharing-Modelle

Förderung von familienfreundlichen Betrieben und Betriebsverbänden

Reduzierung der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland

Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und Alleinerziehenden

Wirksamkeitsprüfung für Sozialleistungen

Keine vollumfänglichen Sozialleistungen für ausreisepflichtige Ausländer

Sofortige Umsetzung des sog. „Beitragskinderurteils“ des Bundesverfassungsgerichts

FDP	CDU	SPD	DIE LINKE	B 90/Die Grünen	AfD
Bessere Hebammenversorgung	Einführung einer Gemeindegeschwester 2.0 und Gemeinde-Notfallsanitäter	Bessere Hebammenversorgung	Keine Privatisierung kommunaler Kliniken	Förderung von Kursen zur Rückkehr ausgeschiedener Fachkräfte	Keine Privatisierung kommunaler Krankenhäuser
Bessere Rahmenbedingungen für freiberuflich tätige Hebammen	Erhalt von wohnortnahen Praxen und medizinischen Versorgungszentren	Erstellung eines Hebammenregisters	Investitionsprogramm für Krankenhäuser von 1,2 Milliarden Euro	Unterstützung der Umsetzung des Pflegeberufegesetzes	Einführung von Tests auf multiresistente Keime in allen Krankenhäusern
Gleicher Leistungskatalog für ambulante und stationäre Versorgung	Förderung von regionalen Gesundheitszentren	Senkung der finanziellen Belastung der Hebammen durch Versicherungsbeiträge	Einführung von Personalmindeststandards	Aufbau einer Pflegekammer	Flächendeckende Aufrechterhaltung der Betreuung durch Hebammen
Optimierung regionaler Gesundheitsnetzstrukturen	Unterstützung von Landärzten durch Landarztpraxisdarlehen oder Landarztstipendien	Erhalt von Krankenhäusern im ländlichen Raum	Ausbau sozialpsychiatrischer Dienste	Förderung sozialraumorientierter Modelle häuslicher Pflege	Staatlicher Deckungsfonds zur finanziellen Entlastung von Hebammen
Delegation ärztlicher Leistungen an qualifiziertes medizinisches Fachpersonal	Mehr Medizinstudienplätze	Anreize zur Ansiedlung von Landärzten	Übereinstimmung von Psychisch-Kranken-Hilfegesetz und Maßregelvollzugsgesetz mit UN-Behindertenrechtskonvention und Verfassung	Ausbau flexibler Tageseinrichtungen für Pflegebedürftige	Senkung der individuellen Versicherungsprämien von Hebammen
Aufbau regionaler Zentren zur Sicherung der Gesundheitsversorgung	Mehr Versorgungsassistenten in Hausarztpraxen	Unterstützung von medizinischen Versorgungszentren, Gemeinschaftspraxen und genossenschaftlichen Modellen	Würdevolle Behandlung psychisch kranker Menschen	Weiterentwicklung des hessischen Pflegemonitors	Erhalt von Geburtshilfestationen in wohnortnahen Krankenhäusern
Einführung einer elektronischen Patientenakte	Gründung von „Helfer-vor-Ort-Gruppen“	Mehr Medizinstudienplätze	Flächendeckende Versorgung mit Hebammen und Ärzten	Vorantreiben eines erweiterten betrieblichen Gesundheitsmanagements	Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum
Bildung von Klinikverbänden	Einsatz für Apotheken vor Ort	Einführung einer Bürgerversicherung	Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung für Hebammen	Initiierung einer regionalen Gesundheitskoordination	Schaffung ausreichender Studien- und Anschlussstudienplätze insbesondere im zweiten Teil des Medizinstudiums
Verstärkung ambulanter Palliativdienste	Bessere Vergütung von Amtsärztinnen und -ärzten	Vorrangiges Recht zur Übernahme vakanter Vertragsarztsitze für kommunale Gebietskörperschaften	Ersatz der privaten Haftpflichtversicherung für Hebammen	Nutzung von e-Health und Telemedizin	Vergabe von Stipendien bei Facharztweiterbildung auf dem Land
Pflege in eigenen vier Wänden	Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte	Förderung für Praxisübernahmen und neuen Niederlassungen von Hausärzten im ländlichen Raum	Bedarfsanpassung der Anzahl an Kassensitzen für Psychotherapeut/innen pro Landkreis	Reduktion der Belastung von Notaufnahmen	Einführung einer Landarztquote
Förderung privater Pflegedienste	Standardisierte Ausbildung zum Heilpraktiker	Flächendeckende Einführung von Gemeindegeschwestern und -helfern	Aufwertung der Pflegeberufe durch gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen	Stärkung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes	Flexibilität bei Einzelfallregelungen und lokalen Lösungsmodellen bei Vergabe von Landarztstipendien
Vermittlung digitaler Kompetenzen von Pflegekräften	Bekämpfung von multiresistenten Erregern in Krankenhäusern	Dezentraler Ausbau von hessischen Pflegestützpunkten		Erhalt medizinischer Versorgungszentren	
Akquise von Pflegekräften aus dem Ausland	Stärkung des Hospizwesens			Stärkere ambulante Nutzung von Krankenhäusern	
Modellprojekte für Eigenständigkeit von Demenzzkranken	Ausbau der palliativen Versorgung			Cannabismodellprojekt	

FDP

Bekanntnis zu dualem Krankenkassensystem

Flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln rund um die Uhr

Kein pauschales Versandhandelsverbot von rezeptpflichtigen Arzneimitteln

Stärkung inhabergeführter deutscher Apotheken

Einführung von Abrechnungsmöglichkeiten für besondere Leistungen

Sicherstellungszuschlag für Apotheken im ländlichen Raum

Bessere Honorare für Notdienste

Überführung PTA-Ausbildung in duales System

Ausreichend qualifizierte Einrichtungen für Suchtabhängige

Präventions- und Hilfsmaßnahmen für neue Suchtformen und -substanzen

CDU

Neuregelung der Finanzierung von Universitätskliniken

Finanzielle Beteiligung des Landes an Haftpflichtversicherung freiberuflicher Hebammen

Pauschalförderung an Kommunen für Neugeborene

Erhalt dezentraler Geburtsstationen

Einführung einer Grundimpfpflicht

Beibehaltung des Paragraphen 219a StGB

Einführung der Entscheidungspflicht für oder gegen Organspende

Freiwillige HPV-Schulimpfungen

Einrichtung einer Pflegekammer

Fortentwicklung der Agenda „Gemeinsam für Menschen mit Demenz“

Schaffung eines Landesamts für Pflege und Versorgung

Bessere personelle Ausstattung der Pflegeheime

Freiwilliges soziales Jahr auch in Pflege

Förderung präventiver Hausbesuche

SPD

Anschluss von Arztpraxen und Krankenhäuser flächendeckend an Telematikinfrastruktur bis 2018

Verbindliche Mindestpersonalzahlen in der Pflege

Präexpositionsprophylaxe für einkommensschwache Menschen

Gesetzlich festgelegte Mindeststandards für Personalausstattung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

Engere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung

Stärkung der Beteiligungsrechte im Universitätsklinikgesetz für Forschung und Lehre

Rückkauf des Universitätsklinikums Gießen und Marburg

Mehr Möglichkeiten der psychologischen und sozialpädagogischen Betreuung für traumatisierte Menschen

DIE LINKE

Bekämpfung des Personalmangels in der Altenpflege

Verbesserung der Pflegeinfrastruktur

Gemeinwirtschaftliche Orientierung von Pflegeheimen

Regulierung des „grauen Pflegemarkts“

Verbesserung von Prävention, Aufklärung und Substitution

Legalisierung von Cannabis

Rückführung des UKGM in Landeseigentum

Übernahme der Kosten für Verhütung durch die Krankenkasse

Abschaffung von §219a StGB

Stärkung von frauengesundheitlichen Ansätzen und gendersensibler Ausgestaltung medizinischer Forschung, Lehre und Behandlung

B 90/Die Grünen

Hessenweites Take-Home-Naxolon-Programm

Entkriminalisierung des Cannabiskonsums

Stärkung der Hebammenversorgung

Bezahlbare Versicherungsprämien für freiberufliche Hebammen

Erhöhung der Entgeltsätze in Krankenhäusern für Hebammen

Ausbau der Ausbildung von Hebammen und Entbindungspflegern sowie Familienhebammen

Modellprojekte für Regionen mit unzumutbarer Entfernung zur nächsten Entbindungsstation

Förderung spezieller Einrichtungen der Altenpflege für Personen mit besonderen Bedarfen

Wohnortnahe Palliativeinrichtungen

Multiprofessionelle, palliativmedizinische Teams

Dezentralisierung der Pflegestützpunkte

Kostenfreier Zugang zu Hygiene- und Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen

AfD

Sicherung der notärztlichen Versorgung

Vernetzung der Notrufnummer mit der Rufnummer für ambulante Notfälle

Bedarfsgerechter Ausbau der palliativen Versorgung

Ausbau der Telemedizin

Entlastung der Krankenkassen von allgemeinen Präventionsmaßnahmen

Allgemeine Gesundheitsaufklärung und Lebensstilfragen sowie Vorsorgeuntersuchungen als Pflichtprogramm von Leistungsanbietern und -erbringern

Außen und Sicherheit

FDP

Freihandelsabkommen zwischen EU und Großbritannien

Einsatz und Weiterentwicklung der Subsidiaritätsrüge

Stärkung der hessischen Landesvertretung in Brüssel

Verstärkung der Netzwerke mit Partnerregionen

Entbürokratisierung bei Verwaltung der Förderprogramme

Anwerbestrategie für britische Unternehmen und Banken

Ansiedlung neuer bzw. Ausbau bestehender europäischer Einrichtungen

CDU

Weitere Fronteinsätze

Ausbau von FRONTEX zu einer EU-Grenzpolizei

Keine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Staaten, die straffällig gewordene Staatsbürger nicht zurücknehmen

Stärkung der Hessischen Landesvertretung in Brüssel

Stärkung der Europakompetenz in Landesverwaltung

Förderung der Städtepartnerschaften

Stärkung des Europanetzwerks in Hessen

Einführung eines Free-Interrail-Tickets

Mehr landeseigene Mittel für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe

SPD

Unterstützung der Ansiedlung britischer Finanzmarktunternehmen

Beratung von Unternehmen und Kommunen beim Abruf europäischer Mittel

Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung auf europäischer Ebene

Europäisches Transparenzregister

Ausbau europäischer Städtenetzwerke und des Rat der Regionen

Durchsetzung sozialer Standards in Europa

Verankerung der Entwicklungszusammenarbeit in Nachhaltigkeitsstrategie für Land Hessen

DIE LINKE

Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland

Abschaffung der Aufrüstungsverpflichtung

Abschaffung von Frontex

Verbesserung grenzüberschreitender Kontakte

Unterstützung demokratischer Kräfte in Bursa und der Türkei

Aufhebung des PKK-Verbots

Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit unabhängig von Wirtschaftsinteressen

B 90/Die Grünen

Prüfung der Vereinbarkeit vom CETA-Abkommen und der Investitionsschutzregeln mit europäischem und deutschen Recht

Unterstützung der Kampagne #FreeInterrail

Ausweitung der finanziellen Förderung des Entwicklungs-politischen Netzwerks Hessen

Ausweitung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit des Landes

AfD

-

FDP

Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten um die Maghreb-Staaten

Langanhaltende und nachhaltige Deutschförderung an Schulen für Flüchtlingskinder

Bildung externer Klassen und Kurse zur Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen auf Unterricht in Regelklassen

Anhebung der Altersgrenze für Teilnehmer an Integrationsklassen über das 18. Lebensjahr hinaus

Gesteuerte Einwanderung von qualifizierten Fachkräften

Konsequente Durchsetzung rechtsstaatlich getroffener Entscheidungen auch in Aufenthaltsfragen

Installation einer eigenen Abschiebeeinrichtung in der Nähe des Frankfurter Flughafens bzw. eines zentralen Ausreisezentrums

Wohnsitzauflage für Betroffene bei bestandskräftiger Ausweisungsverfügung

Sanktionen bei Identitätsverschleierung oder Verstoß gegen Mitwirkungspflichten bei Passbeschaffung

Einwanderungsgesetz auf Bundesebene

CDU

Erweiterung des Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentrums in Gießen

Einrichtung einer landesweit zentrale Anlaufstelle für alle nach Hessen einreisenden unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA)

Einrichtung von Landesgemeinschaftsunterkünften

Überprüfung mobiler Kommunikationsdaten bei Weigerung zur Identitätsfeststellung

Fingerabdruckabnahme bei Identitätszweifeln von Asylberechtigten

Vorrang von Sachleistungen vor Geldleistungen

Gewährung des Abschiebeschutzes für maximal drei Monate für aufenthaltsrechtliche Petitionen

Kein Nachzug von Zweit- oder Mehrfrauen auf Staatskosten

Zentrale Datenerfassung zum Familiennachzug in Ankunftszentrum

Tunesien, Algerien, Marokko, Georgien sowie alle weiteren Länder mit einer Anerkennungsquote von unter 5 Prozent als sichere Herkunftsstaaten

SPD

Abschiebestopp von Azubis

Finanzierungshilfen für Städte und Gemeinden bei den Kosten für Unterbringungen und Betreuung von Flüchtlingen

Ombudsstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete und Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus

Keine Abschiebungen

Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe

Einführung des eigenständigen Aufenthaltsrechts für Frauen

Spezielle Unterstützung von geflüchteten Frauen und ihren Kindern

DIE LINKE

Menschenwürdige und dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen

Abschaffung von Wohnsitzauflagen und Residenzpflicht

B 90/Die Grünen

Umsetzung des Rechts auf Asyl und des Flüchtlingsschutzes

Unabhängige Rechtsberatung im Erstaufnahmeverfahren

Beibehaltung der Härtefallkommission auf Landesebene

Keine Ankerzentren

Ausbau des Landesaufnahmeprogramms

Keine Abschiebung aus Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Krankenhäusern

Keine Trennung von Familien mit Minderjährigen

Ausbau von Alternativen zur Abschiebehaft

Keine Abschiebehaft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Überprüfung der Sicherheitslage in Afghanistan

AfD

Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen

Aufbau von geschlossenen Abschiebezentren in Hessen

Sachleistungen statt Geldleistungen

Errichtung von Auffangzentren in Herkunftsländern

Ausstattung von Behörden mit technischen Geräten zur Identitätsfeststellung

Obligatorische und verbindliche Gesundheitsuntersuchung auf Krankheiten

Ersatzlose Streichung der §§ 25a und 25b des Aufenthaltsgesetzes

Festlegung der Aufnahmekapazität durch Kommunen

Altersuntersuchungen bei Flüchtlingen in Zweifelsfällen

Ausnahmsloser Übergang ins Asylverfahren bei Erreichen der Volljährigkeit

Steuern und Finanzen

FDP

Einmaliger Freibetrag bei Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 Euro der Bemessungsgrundlage

Digitalisierung der Finanzverwaltung

Günstigerprüfung von Amts wegen

Einführung eines Ombudsmanns für Steuerzahler

Einführung einer Grundsteuerbremse

Steuerliche Anreize für private Kapitalgeber

Auflegung eines Venture-Capital-Gesetzes

Abschaffung des Solidaritätsbeitrags

Einführung eines Ombudsmannes für Steuerzahler

Aufhebung der Steuererhöhungserlasse der Landesregierung

Festsetzung einer Höchstgrenze für Realsteuerhebesätze

Erarbeitung eines Mechanismus für eine Grundsteuerbremse

CDU

Verringerung der Steuersätze in der Gastronomie

Abschaffung der Luftverkehrssteuer

Grundsteuerreform

Gerechte Besteuerung internationaler Konzerne

Anpassung der Verzinsung von Ansprüchen aus Schuldverhältnis an Kapitalmarktzinsniveau

Keine Vermögensteuer und Vermögensabgabe

Keine Erhöhung der Steuersätze für Landessteuern

Unterstützung europaweiter Vorgehen gegen Steuerflucht

Unterstützung von Initiativen gegen Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel

SPD

Umgestaltung der Einkommenssteuertarife

Erhöhung des Spitzensteuersatzes

Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen

Abschaffung der Abgeltungsteuer

Keine Umgehung der Grunderwerbssteuer

Bessere technische Ausstattung der Finanzverwaltung

Mehr Steuerfahnder/-innen und Betriebsprüfer/-innen

Erweiterung der Telekommunikationsüberwachung zur Verfolgung besonders schwerer Fälle von Steuerhinterziehung

DIE LINKE

Bundratsinitiative für Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer

Reform der Erbschaftssteuer

Erhebung einer Börsenumsatzsteuer

Umwandlung der Gewerbesteuer in Gemeindefinanzsteuer

Rücknahme der Schuldenbremse

B 90/Die Grünen

Erhalt der Grundsteuer

AfD

Einführung des Familiensplittings

Beibehaltung des Ehegattensplittings

Abschaffung der Grundsteuer

Senkung des Grundsteuerhebesatzes auf den Stand von 2010

Abschaffung der Grunderwerbssteuer (bis dahin Absenkung des Hebesatzes auf 3 Prozent)

Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung

FDP

Vorlegung eines Tilgungsplan für Altschulden

Überprüfung aller Landesbeteiligungen

Konnexität für durch Länder vollzogene Bundesgesetze

Keine Abschaffung des Bargelds

Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung

Abschaffung der Solidaritätsumlage

Überprüfung und Anpassung der Standards für kommunale Verwaltungen

CDU

Keine Finanztransaktionsteuer

Erhalt des Drei-Säulen-Modells im Bankensystem auf europäischer Ebene

Unterstützung des Konzepts „Small Banking Box“

Umwandlung des ESM in parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds

Frankfurt als neuer Standort für Euro-Clearing

Einhaltung der Schuldenbremse

Abbau der Altschulden mit Tilgungsplan

Jährlicher Kontoauszug über Finanzlage des Landes an Bürger

Erhalt des Bargeldes

Höhere steuerliche Freibeträge für Privatpersonen

Anpassung der Verzinsung von Ansprüchen aus Schuldenverhältnis an Kapitalmarktzinsniveau

Keine Eurobonds

SPD

Stärkere Regulierung der Finanzmärkte

Einführung der Finanztransaktionsteuer

Neuordnung der Landeswirtschaftsförderung

Erhöhung der Risikotragfähigkeit der WIBank nach Modell anderer Landesförderbanken

Internationale Ächtung von anonymen Finanzgeschäften in Offshore-Gebieten

DIE LINKE

Finanzmarktregulierung

Verbot von Hochrisikogeschäften

Beschränkung von Banken auf den Kernbereich

Initiativen gegen Wirtschaftskriminalität

Bildung von Kapitalkontrollräten

Keine Privatisierung hessischer Sparkassen

Stärkung der Gemeinwohlorientierung

Festschreibung der Dispozinsen bei Sparkassen auf maximal 5 Prozent über dem EZB-Leitzins

B 90/Die Grünen

Schaffung einer unabhängigen Zertifizierungsstelle für nachhaltige Finanzprodukte

Auflegung eines Kommunalen Investitionsprogramms III

Darstellung von Daten des Haushaltsplans in interaktivem Haushalt

Bekennung der Landesbank Hessen-Thüringen zu Nachhaltigkeits-Standards der Äquator-Prinzipien

Weiterentwicklung der sektorspezifischen Vorhaben zur Nachhaltigkeit der Kreditvergabe

Keine öffentliche Subvention und Finanzierung ökologisch und sozial unverantwortlicher Projekte

Dialog über Staatsleistungen mit Kirchen

Ausbau des Green Finance Cluster Frankfurt zum Green Finance Hub

Hessische Nachhaltigkeitsanleihen

AfD

Einhaltung der Schuldenbremse

Reduktion der Ausgaben des Landes

Transparente Finanzierung öffentlicher Vorhaben

Keine Ausführung öffentlicher Investitionen in öffentlich-privater Partnerschaft

Keine geheimen Privatisierungsverträge

Ausweisung von Schulden des Landes und seiner in Gebietskörperschaften verbundenen Unternehmen

Subventionsprüfung mit Subventionsabbau

Änderung von §§ 25 HKO und 38 HGO

Bessere Finanzausstattung für Land und Kommunen

Neuverhandlung der Verteilungsregeln der staatlichen Mittel zwischen Bund und Ländern

Rückkehr zu einer dem Grundgesetz und den Europäischen Verträgen konformen Währungspolitik der EZB

Energie und Umwelt

FDP

Abschaffung des EEG

Senkung der Energiekosten durch Wettbewerb und Innovationen

Senkung der Stromkosten

Keine Errichtung von Windkraftanlagen in hessischen Wäldern und Kulturlandschaften

Größere Abstände bei Errichtung von Windkraftanlagen (10 H)

Entfall der baurechtlichen Privilegierung von Windkraftanlagen

Anreize für Investitionen in private Energieforschung

Ausbau von Wasserkraftwerken

Unterstützung von Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologien

Erforschung innovativer alternativer Methoden der Energiegewinnung

CDU

Beibehaltung der Befreiungen von EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen

Europaweiter CO₂-Preis

Beendigung des EEG

Aufnahme der H10-Regelung als Abstand zur Wohnbebauung

Ausweisung von 2 Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete

Kostenfreie Bereitstellung eines Solarkatasters

Nutzung der Wasserkraft im Einklang mit Wasserrahmenrichtlinie

Ausbau der Stromleitungen auf allen Spannungsebenen

Ausbau der SuedLink-Leitung

Einführung einer Sektorenkopplung

Einheitliche deutsche Strompreiszone

SPD

Einführung einer Sektorenkopplung

Befreiung von Power-to-Gas-Anlagen von Letztverbraucherabgaben

2 % der Landesfläche für Ausbau der Windenergie an Land

Jährlicher Energiewende-Bericht

Neuer Landesentwicklungsplan zur Nutzung windstarker Standorte durch Kommunen

Mindestabstände zur Wohnbebauung bei Errichtung von Windrädern

Doppelt so viele Dachflächen für Solarenergie

Abbau gesetzlicher Regulierungen für Solarenergie

Kein Mindestwasser-Erlass

Nutzung bestehender Wehre für Wasserkraft

DIE LINKE

Reparatur- und Modernisierungsoffensive zur Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs

Abgeltung von Grundverbrauch an Strom mit Grundgebühr

Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas

Hessischer Kohleausstieg

Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger

Dezentralisierung der Energieversorgung

Überführung privatisierter Stadtwerke in Gemeindebesitz

Beteiligung der Kommunen an Wertschöpfung der Windenergie

Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle

Kostenlose Energieberatung für alle Privathaushalte

Unterstützung und Förderung von Energiegenossenschaften

Bundesweites Fracking-Verbot

Rückbau des AKWs Biblis

B 90/Die Grünen

Stärkung von Genossenschaften und Bürgerenergiegesellschaften

Rücknahme des Deckels beim Ausbau Erneuerbarer Energien beim EEG

Vergütung der Standorte für Windkraftanlagen in Mittelgebirgslagen

Nationale CO₂-Abgabe

Reform des europäischen Emissionshandels

Auflegung einer Divestment-Strategie

Weiterentwicklung des Corporate Governance Codex

Ausbau von Solarenergie zur Wärmeerzeugung und verstärkte Eigenstromerzeugung auf Landesliegenschaften

Förderung von Solarthermie und Bau mit Holz

Kommunaler Wärmeplan als Steuerungsmöglichkeit

AfD

Abschaffung des EEG sowie der Gesetze und Verordnungen im Wärmebereich

Keine Stilllegung konventioneller Kraftwerke

Sichere und kostengünstige Stromversorgung für energieintensive Industrien

Keine Vorrangflächen für Windenergie

Abschaffung der Mittel für kommunale Stellen für eine „klimaneutrale Stadt“

Keine Gesetze zur Energieeinsparung

Keine Einführung von Smart Metern

10-H-Regel bei Windenergieanlagen

Keine Genehmigung für Windenergieanlagen in Wäldern, Naturparks und Naturschutzgebieten

Keine Genehmigung von Windenergieanlagen gegen den Mehrheitswillen der betroffenen Bevölkerung

Keine Genehmigungen von Windenergieanlagen in Wäldern nach § 35 BauGB

FDP

Keine Sanktionen von Verbrennungsmotoren

Keine Verschärfung von EU-Richtlinien für Kraftstoffverbrauch von Fahrzeugen

Verpflichtung zu Klimaschutzzielen des Kyoto-Protokolls und des Pariser Abkommens

Befristung und Evaluierung von Förderinstrumenten im Umweltbereich

Ablehnung hessischer Klimaschutzplan

Ausweitung des EU-ETS auf weitere Sektoren

Globale Vereinbarungen für globale Wirtschaftsbereiche

CDU

Umsetzung des Klimaschutzplans Hessen 2025

Mehr Fahrzeuge des Landes Hessen mit emissionsfreien Antriebssystemen

Vermeidung von generellen Fahrverboten

Forcierung der CO₂-neutralen Landesverwaltung

Maßnahmen zur Stärkung der Klima-Bildung

Landesplanerische Maßnahmen zur Klimaanpassung

Versicherungslösungen von Klimafolgeschäden

SPD

Förderung regionaler Strukturen für integrierte Umweltpolitik

Finanzielle Anreize zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich Wärme

Wiedervernässung von Mooren

Durchsetzung ökologischer und sozialer Mindeststandards in öffentlicher Beschaffung

Klimaneutralität der hessischen Landesverwaltung

Hessisches Klimaschutzgesetz

DIE LINKE

Sonderabgabe für klimaschädliche Unternehmen

Reduktion des Energieverbrauchs und Treibhausgasausstoßes der Landwirtschaft

B 90/Die Grünen

Klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030

Förderung innovativer kommunaler Konzepte in Bezug auf Klimaneutralität und Sektorkopplung

Klimaschutz als grundlegende Aufgaben der Kommunen

AfD

Kein menschengemachter Klimawandel

Ablehnung des Klimaschutzplans 2050

FDP

Überarbeitung des landesplanerischen Konzepts der „zentralen Orte“

Stärkung von Entwicklungspotenzial und ländlicher Vielfalt durch Förderprogramme zur Dorferneuerung (z. B. IKEK)

Keine einseitigen Handelsbarrieren, Exporterstattungen und Subventionen für Landwirte

Beibehaltung des Fördersystems aus erster und zweiter Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik

Prüfung der nationalen Umsetzung der Greening-Vorgaben

Einrichtung einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage für Betriebe der Forst- und Landwirtschaft

Reform des Genossenschaftsrechts

Stärkung einer kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle

Entbürokratisierung von Agrarinvestitionsförderprogrammen

CDU

Fortschreibung des „Zukunftspaktes Hessische Landwirtschaft“

Forcieren des Tags des offenen Hofes, des Projekts „Bauernhof als Klassenzimmer“ und des „Urlaubs auf dem Bauernhof“

Gleichwertige Förderung konventioneller und ökologischer Landwirtschaft

Ausbau der Ökomodellregionen zu Modellregionen für Stärkung der regionalen Vermarktung aller landwirtschaftlichen Produkte

Stärkung der Marketing-Gesellschaft „GUTES AUS HESSEN“

Erhalt des Zwei-Säulen-Modells der europäischen Agrarförderung

Fortentwicklung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete

Nachbesserungen bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Stärkung hessischer Milchbetriebe

Steuerbefreite Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe

SPD

Nachhaltige sowie tiergerechte Pflanzenproduktion und Tierhaltung

Erhalt und die Förderung der flächengebundenen Nutztierhaltung

Besondere Förderung regionaler Landwirtschaft

Stärkung von Landwirten innerhalb der Wertschöpfungskette

Marketing für regional erzeugte Lebensmittel und Produkte

Kennzeichnungssystem bzw. Label für regional nachhaltig produzierte und vermarktete Lebensmittel

Bessere Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer in Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in Garten-, Weinbau, Forsten und Fischerei

Aufrechterhaltung einer Grünlandbewirtschaftung

Mehr Artenvielfalt im Grünland

Keine gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und Lebensmitteln

Erzeugung von gentechnikfreien Pflanzen

DIE LINKE

Jährliche, verpflichtende Beratung von Land- und Forstwirtschaft*innen zum sachgerechten Umgang mit nitrathaltigen und anderen Düngemitteln

Bindung öffentlicher Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen

Bessere Förderung des Ökolandbaus in Hessen

Kein Einsatz gentechnisch veränderter Organismen

Verringerung der Nitratbelastung im Grundwasser

Verbot des Einsatzes von Glyphosat und anderer Totalherbizide

Förderung regionaler Produkte

Kein Fleischexport in Länder des globalen Südens

Vorrang für Produktion von Lebensmitteln vor Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung

Importmoratorium für nicht nachhaltig erzeugte Biomasse

Keine Importe von glyphosathaltigen Nahrungs- und Futtermitteln

Schutz der sozialen Situation von Landwirten

B 90/Die Grünen

Reduktion der Gefährdungen für windkraftsensible Arten durch lebensraumverbessernde Maßnahmen

Förderung der ökologischen Landwirtschaft

25 Prozent mehr Ökolandbauflächen

Hessen als erste Ökomodellregion

Förderung der Vermarktung hessischer Bio-Produkte

Kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen

Unterstützung von Initiativen zur Erzeugung gentechnikfreier heimischer Eiweißfuttermittel

Ökolandbau als Querschnittsthema in landwirtschaftlicher Aus- und Fortbildung

Etablierung eines Leibniz-Instituts für (Öko)-Agrarsystemforschung

Strategie für nachhaltige Landwirtschaft

Mehr Mitspracherecht für Kommunen beim privilegierten Bauen im Außenbereich

Hessischer Pestizidreduktionsplan

AfD

Offenstallhaltung von Pferden auch für Nicht-Landwirte

Förderung von kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetrieben

Verringerung der Förderung von Agrarkonzernen

Verringerung der Gewichtung von rein flächengebundenen Zahlungen bei der Förderung und Umschichtung auf produktionsabhängige Faktoren

Förderung des Direktvertriebs der bäuerlichen Familienbetriebe

FDP

Praxisgerechte und unbürokratische Umsetzung des Düngerechts

Förderung präziser Ausbringtechniken

Digitale Landwirtschaft

Fairness zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft

Förderung von Vermarktungsnetzwerken für regionale Produkte

Freiwilliges Jahr in der Landwirtschaft

Ausbildung von Nachwuchskräften für die Agrarverwaltung

Reform des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

Kennzeichnung des Einsatzes von „Genome-Editing“

Stärkung des Kleinprivatwalds und forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse

CDU

Stärkung der hessischen Schaf- und Ziegenhalter und Imker

Sicherung und Stärkung des Weinbaus

Beibehaltung der Pheromonförderung

Beibehaltung der Privilegierungsregeln des Bauens im Außenbereich

Fortsetzung der Verfahren zur Flurbereinigung

Stärkung von Versicherungslösungen gegen Extremwetterschäden in der Landwirtschaft

Definition der „roten Gebiete“ zur Umsetzung der Düngeverordnung

SPD

Minimierung des Einsatzes von Antibiotika in der Nutztierhaltung

Kein weiterer Ausbau von Monokulturen

DIE LINKE

Beendigung der Exportsubvention für landwirtschaftliche Produkte

B 90/Die Grünen

Ablehnung aller Neonicotinoide und Totalherbizide

Schutz der Streuobstwiesen

Reduktion von Belastungen aus der Landwirtschaft

Verbesserung der Gewässerschutzberatung in der Landwirtschaft

Schutz von landwirtschaftlichen Böden

AfD

FDP

Kostendeckende
Erstattung an Tierheime

Keine Massentötung von
Eintagsküken

Entwicklung zeitgemäßer
Ausbildungs- und Forschungs-
ställe

Tierartspezifische
Weiterqualifizierungen
für Tierhalter

Jährliche Audits von Tierheimen
durch das Veterinäramt

Tierschutzgerechte Umsetzung
der EU-Verordnung zu invasiven
Arten

CDU

Fortsetzung des Runden Tisches
zur Steigerung des Tierwohls in
Nutztierhaltung

Beendigung des Tötens
männlicher Eintagsküken

Keine ganzjährige
Anbindehaltung von Rindern

Kastenstandhaltung
bei Ferkelproduktion

Konsequente Umsetzung
des „3R-Prinzips“

Kein Verbandsklagerecht
für Tierschutzorganisationen

Einbrüche in Tierställe
als Straftatbestand

Bessere Finanzierung
für hessische Tierheime

Freiwillige Steigerung des Anteils
der gechipten und registrierten
Hunde und Katzen

Beibehaltung der
Kampfhundeverordnung

SPD

Tierschutz und nachhaltiger
Konsum an Schulen und in
außerschulischer Bildung

Weiterbildungsmaßnahmen
zu pflanzlichen Alternativen,
Tierwohl und Tierhaltung bei
Einrichtungen des Landes

Verankerung der Ziele des
Tierschutzes in Landesrecht

Bundesweite Vereinheitlichung
von Kennzeichnungen und
Siegeln für tierschutzgerechte
Herstellung von Lebensmitteln
und anderen Produkten

Keine Eingriffe an Nutztieren
bei Haltung, Pflege und Zucht

Keine Tötung von Tieren
zur Auslese

Einrichtung einer
Tiergesundheitsdatenbank

Sonderetat zur Förderung
von Alternativmethoden zu
Tierversuchen

Führerschein für
Hundehalterinnen und -halter

DIE LINKE

Verbot der Massentierhaltung

Erhöhung der Mindestflächen
für die Tierhaltung

Futtermittelimportverbot

Verbot von Qualzuchten und
der Verkürzung von Zuchtzyklen

Verbot des Tötens von
männlichen Eintagsküken

Vermeidung von Tiertransporten

Begrenzung des Einsatzes
von Antibiotika auf notwendige
Behandlungen

Regelmäßige Kontrolle der
Einhaltung gesetzlicher
Vorschriften in Mastbetrieben

Ersatz von Tierversuchen
durch Alternativmethoden

B 90/Die Grünen

Kein Einsatz
von Reserveantibiotika

Förderung der Weidehaltung

Ausrichtung der Nutztierhaltung
am Tierwohl

Fortsetzung des
„Runden Tisch Tierwohl“

Keine Massentierhaltung

Begrenzung der Förderung von
Umbauten auf artgerechte Ställe

Unterstützung der hofnahen
Schlachtung

Verpflichtende Kennzeichnung
der Haltungsform

Stärkere Einbindung von
Tierschutz in Landesrecht

Verbandsklagerecht für Tierschutz-
und Tierrechtsorganisationen

Auskömmliche Finanzierung
von Tierheimen

Verbot von Wildtieren im Zirkus

Sachkundenachweis beim
Erwerb gefährlicher Hunde

Keine Tierversuche

Verbot langer Transporte von
Schlachttieren in Drittländer

AfD

Strikte Einhaltung des
Tierschutzgesetzes

Kein Handel, keine Werbung und
keine Einfuhr von Fleisch aus
tierquälerischer Schlachtung

Strenge Regel für Tötung von
Nutztieren

Kein betäubungsloses
Schlachten

Aufnahme des Tierschutzes
in Hessische Verfassung

FDP

Bekanntnis zum Masterplan zur Reduzierung von Salzabwasser

Keine Betriebsbeschränkung für Kalibergbau

Stärkung vom Ökopunktehandel

Einführung einer Chancen-Risiko-Analyse bei allen vom Menschen durchgeführten Einfuhren von Neozoen und Neophyten

Steuerungsinstrument des freiwilligen Vertragsnaturschutzes

Forschung zum Ausmaß und möglichen Ursachen des Insektenrückgangs

Förderung von Blühwiesen

Beseitigung gefährlicher Pflanzen

Ausgleich für Regionen, die Wasserversorgung für den Ballungsraum Rhein-Main sicherstellen

Umsetzung der EU-Wasser-rahmenrichtlinie

Abschaffung der Eigenkontrollverordnung

Kein Wassercent

CDU

Aufnahme einer Präklusionsregelung in Richtlinie für Umweltverträglichkeitsprüfungen

Durchführung eines Ökopunktehandels

Reduktion des Flächenverbrauchs durch naturschutzrechtlichen Ausgleich

Strikte Anwendung der Flächenschonklausel des Bundesnaturschutzgesetzes

Keine Ersatzaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen

Überprüfung der Zertifizierung nach FSC-Standard

Keine Stilllegungen forstlich genutzter Flächen

Intensivierung der Zusammenarbeit mit hessischer Jägerschaft

Überarbeitung der Jagd- und Schonzeitenverordnung

Keine Einschränkung der Jagdausübung in stillgelegten Waldflächen

Entschädigungsregeln für Schäden in der Landwirtschaft durch Wolf, Luchs und Biber

Beibehaltung der Wolfsmanagementpläne

SPD

Weiterentwicklung hessischer Auenverbände als pestizid- und düngemittelfreie Räume

Stärkung der Beteiligungsrechte von Naturschutzverbänden und Naturschutzbeiräten

Reduktion des Nettoflächenverbrauchs

Erleichterung der Schutzgebietsausweisung

Keine Wasserprivatisierung

Verankerung der Auswirkungen von Infrastrukturmaßnahmen auf ökologischen Wasserhaushalt in Regionalplanung

Umsetzung der EU-Wasser-rahmenrichtlinie

Förderung vertikaler und Dachbegrünung

Vernetzung der Flächenverwaltungen im Naturschutz, in der Landwirtschaft sowie im Landesbetrieb HessenForst

Realisierung von Gewässerrandstreifen und Auen

Anschluss der hessischen Landesregierung an Projekt „Jeder Gemeinde ihr Biotop“

DIE LINKE

Senkung des Kalidüngerverbrauchs

Novellierung des Bundesberggesetzes

Änderung des Wasserrechts zur Aufnahme salzhaltiger Abwässer in Liste umweltgefährdender Stoffe

Nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder

Verbot des Abbaus von Kies und Sand in als Bannwald ausgewiesenen Wäldern

Besseres Holzrecycling

Keine Privatisierung von Staats- und Kommunalwäldern

Stellenausbau bei Hessen Forst

Umweltbildung als eine zentrale Aufgabe der Forststellen

Getrennte Brauchwassersysteme für Neubaugebiete in Ballungsräumen

Fischsichere Wasserkraftwerke an großen Flüssen

Wiedereinführung des Wassercent

B 90/Die Grünen

Einführung der Blauen Plakette

Umsetzung der EU-Wasser-rahmenrichtlinie

Evaluation der Verbesserungen im Wassergesetz

Förderung des Flächenerwerbs entlang der Oberflächengewässer

Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm

Meldesystem zur Reglementierung des Gülletourismus

Naturnahe Gestaltung von Gewässern

Verbesserung des Monitorings über Wasserbelastung

Stärkung des Verursacherprinzips bei Wassergewinnung und -nutzung

Verbot von Mikroplastik in Kosmetika

Europaweite Abgabe auf Einwegplastik

Weiterentwicklung des Verpackungsgesetzes zu Wertstoffgesetz

Stärkere Nutzung von Mehrwegverpackungen

AfD

Keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung

Erfassung von Belastungen und Rückständen im Trinkwasser und deren vollständige Filterung

Verursacherprinzip bei Kosten für Wasseraufbereitungsanlagen

Einhaltung der Düngeverordnung ohne Ausnahmeregelungen

Verbot von Glyphosat

Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden

Keine Stilllegung von weiteren Flächen im Staatswald

Keine FSC-Zertifizierung des Staatswalds, stattdessen Rückkehr zur PEFC

FDP

Gewährleistung eines Planungszeitraums für die Beseitigung von Altlasten

Freie Entscheidung über Zertifizierung von Forstrevieren

Ablehnung, acht Prozent der hessischen Waldfläche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen

Keine Festlegung eines Forstreferenzwertes im Sinne einer „Deckelung“ der Holzernte

Ganzjährige Bejagung des Waschbären unter Einhaltung des Elternschutzes

Unterstellung des Wolfs ohne Zuweisung einer Jagdzeit dem Wildtierartenkatalog nach § 2 Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes

Keine Behinderung von Laichwanderungen in natürlichen Flussläufen durch Wasserkraftwerke

Erlassung einer Komoranverordnung und Betreuung eines Komoranmanagements

Entstehung neuer Grünanlagenringe und Frischluftspeicher

CDU

Ausschließliche Einsetzung der Mittel der Jagdabgabe für jagdliche Belange

Regulierung der Kormoranbestände

Gerechter Ausgleich zwischen wasserliefernden ländlichen Räumen und wassernutzenden urbanen Räumen

Modernisierung des überregionalen Wasser-Leitungsnetzes

Kein Wassercent

Fortsetzung der Maßnahmen zur Unterstützung der Entsorgung salzhaltiger Abwässer durch K+S

Sanierung der Waldbestände im Hessischen Ried

Umsetzung der EU-Wasser-rahmenrichtlinie

Maßnahmen zur alternativen Verwertung von Klärschlamm

Kein Anbau genveränderter Pflanzen

Stärkung des Vertragsnaturschutzes

Überprüfung der Maßnahmenpläne im Rahmen der NATURA2000- und FFH-Flächen

SPD

Wiederherstellung von naturnahen Lebensräumen für artenreiche Lebensgemeinschaften
Stärkung der Jagd als nachhaltige Nutzungsform

Waldbewirtschaftung nach FSC-Kriterien als Mindeststandard

Bis zu 10 % der Waldfläche zum Erhalt alter Laubbäume, Biotopentwicklung und Ausbreitung sich im Rückgang befindlicher Pflanzenarten

Personelle Verstärkung von HessenForst

Hessen als Mitglied von FSC

Veröffentlichung von Berichten zur Waldsituation

Keine legitimierte Asphaltierung neuer Gewerbeflächen durch den Kauf von Ökopunkten, die auf alten Waldkernflächen liegen

Schaffung von Ausgleichsflächen als Auflage

Förderung der Lebenszyklusperspektive von Produkten

DIE LINKE

Zurückgewinnung von Phosphor bei Wasseraufbereitung sowie Filtern von Medikamentenrückständen und Keimen

Stopp der Salzeinleitung in Werra und Grundwasser

Keine Brunnenstilllegungen aufgrund von Flächenversiegelungen

Modernisierung von Leitungen

Verringerung von Neuversiegelungen von Böden

Entzug des Biosphärenreservats Rhön einer militärischen Nutzung

Erhalt bestehender Naturschutzgebiete

Zusammenfügung bestehender Lebensräume in einem Biotopverbund

Umwelt- und Naturschutz als Landesaufgabe

B 90/Die Grünen

Verbesserung des Humusgehalts im Bodens

Kompensation von Baumfällungen

Schutz von Buchenwäldern

Walderhalt im Hessischen Rieden

Umsetzung der Maßnahmenplanung für hessische Vogelschutzgebiete

Errichtung eines Waldschuttfonds

Mehr Blühstreifen und Gründlandextensivierung

Mehr Flächen zur Renaturierung von Gewässerstreifen
Schutzprogramme für besonders gefährdete Arten

Managementpläne für Rückkehr der Wildtiere

Vorrangregeln für den Vertragsnaturschutz

Schaffung eines länderübergreifenden Biotopverbundes

Weiterentwicklung der Stiftungen für Naturschutz

Stärkere Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzleistungen im Kommunalen Finanzausgleich

AfD

FDP

Entschärfung der
Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Förderinstrumente und
Steuervergünstigungen für
Eigentumserwerb

Erhöhung der jährlichen
Abschreibungsrate für Gebäude
von zwei auf drei Prozent

Abschaffung Mietpreisbremse

Belegungsrechte für
Sozialwohnungen im Bestand

Fortsetzung der Programme zum
Bau von Studentenwohnungen
und altersgerechtem Wohnen

Freibetrag bei der Grunderwerb-
steuer von bis zu 500.000 Euro
für die erste Immobilie

Verbesserung rechtlicher
Voraussetzungen für betriebs-
wirtschaftliche Amortisation

Abschaffung Fehlbelegungs-
abgabe

Fortsetzung und Evaluierung
Baulandoffensive

Internationale
Bauausstellung (IBA)

Bürokratieabbau und
Fristenbeschleunigung bei
Baugenehmigungsverfahren

CDU

Mehr Wohnungen
für Studierende

Zulassung von Ersatzbaustoffen
in technischen Bauwerken

Vereinfachte Umwidmung
ehemaliger landwirtschaftlicher
Gebäude

Weiterentwicklung der Förderung
des sozialen Wohnungsbaus

Anpassung von Mindeststan-
dards zur Förderfähigkeit von
Wohnungen mit Sozialbindung

Verstärkter Kauf
von Belegungsrechten

Anpassung der Einkommens-
grenzen für Bezug von Wohngeld

Beibehaltung
der Fehlbelegungsabgabe

Steigerung der
Wohneigentümer-Quote in
Hessen um jährlich 1 Prozent

Stärkung der Eigenheimrente
und der Wohnungsbauprämie

Keine oder nur geringe Grunder-
werbsteuer beim Erwerb von
selbstgenutztem Wohneigentum

Stärkung
der Eigentumsförderung

SPD

Bezahlbarer Wohnraum für
Familien mit kleinen Kindern
und Alleinerziehende

Internationale Bauausstellung
(IBA)

Bessere Gestaltung von
Planungsverfahren

Änderung der Regelungen
zur Flächennutzungsplanung

Bündelung von Wohnungsbau
und Landesentwicklung in einem
Ministerium

Finanzielle Unterstützung
des jährlichen Neubaus

Erneuerung auslaufender
Sozialbindungen

Bau von Sozialwohnungen
und bezahlbarer Wohnungen
für mittlere Einkommen

Flankierung der öffentlichen
Förderung durch Tilgungs- und/
oder Zuschussförderung

Auflegung kommunaler
Wohnraumversorgungskonzepte

Förderung von privatem
Wohnungsbau

Senkung der Grunderwerbssteuer
für förderungswürdige Gruppen

DIE LINKE

Bau von mindestens 10.000
neuen Sozialwohnungen jährlich

Mietpreis- und Belegungs-
bindungen ohne Laufzeitende
im sozialen Wohnungsbau

Stärkung von öffentlichen
Wohnungsbaugesellschaften

Keine Privatisierung von
Wohnungsbaugesellschaften

Stärkere Nutzung der Nassau-
ischen Heimstätte/Wohnstadt für
Bau von bezahlbaren Wohnungen

Wohnungspolitisches Gesamt-
konzept zur Berücksichtigung
von Barrierefreiheit und Einbezie-
hung alternativer sowie genos-
senschaftlicher Modelle

Zugänglichkeit von geförderten
Wohnungen für alle Berechtigten

Keine Zwangsräumung von
Wohnungen im öffentlichen
Besitz

Landesweiter
Re-Kommunalisierungsfonds

Stärkung eines kommunalen
Vorkaufsrechts

Bundesratsinitiative für
neue Wohngemeinnützigkeit

B 90/Die Grünen

Hessische Gebäudestrategie zur
Erhöhung der Sanierungsrate

Steuerbonus für energetische
Sanierungen

Mehr Wohnheimplätze für
Studierende

Aufnahme von Strafvollzugs-
anstalten in Nachhaltigkeits-
strategie des Landes

Ausbau der Programme
für sozialen Wohnungsbau

Unterstützung von
gemeinschaftlichem und
genossenschaftlichem Bauen

Etablierung
einer Mietpreisbremse

Berücksichtigung des besonderen
Bedarfs an bezahlbarem
barrierefreien Wohnraum

Internationale Bauausstellung

Erhöhung der Fördersumme für
den sozialen Wohnungsbau auf
2 Milliarden Euro

Verlängerung der Bindungsfristen
für den sozialen Wohnungsbau
auf mindestens 30 Jahre

Ankauf von Belegrechten

AfD

Bedarfskonforme, vorausschau-
ende Ausweisung von Bauland

Rückführung der Vorschriften-
anzahl auf das Maß Anfang der
1990er Jahre

Beschleunigung
der Genehmigungsverfahren

Harmonisierung der Länderbau-
ordnungen zu einer Bauordnung
des Bundes

Reduktion des vorbeugenden
Brandschutzes auf weniger
Maßnahmen

Wiederherstellung eines
ausgewogenen Mietrechts

Wohngeld für Geringverdiener

Nutzung der Belegungsrechte
von Kommunen

Erbbaurecht zur Bildung
von Wohnungseigentum

Genossenschaftliches Bauen

Lockerung des Denkmalschutzes
für Gebäude ohne öffentliches
Interesse

Festlegung von Gebäuden
von öffentlichem Interesse
durch Bürgerbeteiligung der
Ortsansässigen

FDP

Einreichung von BIM-Modellen (Gebäudeinformationsmodelle) anstatt der Planunterlagen

Keine Milieuschutzsatzungen

Kein pauschales Verbot für Ferienwohnungen

Keine zusätzliche Beteiligung an ÖPNV-Erschließungskosten

Dreijähriges Moratorium der ENE

Änderung der Hessischen Bauordnung (HBO) insbesondere von Regelungen zu Gebäudeklassen 1 bis 4

Grundlegende Reform des Abstandsflächenrechts für alle Gebäudeklassen

Erleichterung von modularer und serieller Bauweise

Öffnung der HBO für weitere Baustoffe insbesondere Holz

Nachweis des vorbeugenden Brandschutzes durch Prüfindenieur im Auftrag des Bauherrn bei Sonderbauten

Übertragung der Prüfung der Rechtmäßigkeit bei Genehmigung von Grundstücksteilungen bebauter Grundstücke auf Fachingenieure bzw. Bauvorlageberechtigte

CDU

Auflegung eines Bürgerschaftsprogramms

Kein Umwandlungsverbot von Mehrfamilienhäusern in Eigentumswohnungen

Unterstützung von Wohnungsbaugenossenschaften und Wohneigentumsgemeinschaften

Umsetzung der Vorschläge der Kostensenkungskommission des Bundesbauministeriums

Schnellere Ausweisung von zusätzlichem Wohnbauland

Einsatz für ein Planungsbeschleunigungsgesetz

Separate Kammern für Planungs- und Bauverfahren an Verwaltungsgerichten

Erschwerung eines Bürger- oder Vertreterbegehrens gegen die Ausweisung von Wohnbaugebieten

Förderung von Kommunen bei Ausweisung von zusätzlichen Wohngebieten

Einführung eines kommunalen Baulückenkatasters

Entwicklung von Konversionsflächen zur Schaffung von Wohnraum

SPD

Erhalt der Nassauischen Heimstätte und der Projektstadt als Landeswohnungsbaugesellschaft

Mietpreisstopp für landeseigene Wohnbaugesellschaften

Bau von mindestens 50 Prozent gefördertem Wohnraum

Wiedereinstieg von Unternehmen in Werkwohnungsbau

Prüfung der Sperrfristen für Vermieterkündigungen

Mehr Wohnungen für Studierende und Auszubildende

Novellierung des Hessischen Wohnungsbaufördergesetzes

Verpflichtung zur intelligenten energetischen Sanierung bei Neu- und Umbauten

Förderung regenerativer Energien im Wohnungsbau

Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung

Verlängerung der Bindungsdauer für Sozialwohnungen

Staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte

Senkung der Energiekosten durch Mieterstrommodelle

DIE LINKE

Erweiterung des hessischen Sozialstaatsgebots durch Recht auf Wohnen

Beschlagnahmung von leerstehendem Wohnraum und Zuführung einer obligatorischen Zwischennutzung

Legalisierung von Besetzungen

Soziale Grund- und Bodennutzung

Begrenzung steigender Nebenkosten

Verhinderung von Stromsperrern durch Energieunternehmen bei Zahlungsunfähigkeit

Soziale Begleitung von Gebäudesanierungen

Keine vollständige Umlegung von Sanierungskosten auf Mieterinnen und Mieter

Steigerung von Wohnungsangebot für Studierende um jährlich 2.000 Wohnungseinheiten

Flächendeckende, bundesweite und unbefristete Mietpreisbremse

Moratorium für Mieterhöhungen

Durchsetzung von Mieterbeiräten

B 90/Die Grünen

Nutzung der Gesellschaften im Besitz der öffentlichen Hand für Schaffung preiswerten Wohnraums

Stärkere Anreize für Investoren zur Schaffung sozialen Wohnraums

Ausbau kommunaler Fachstellen für Wohnungssicherung

Förderung neuer Wohnformen

Berücksichtigung von genossenschaftlichem, gemeinschaftlichem oder experimentellem Bauen bei Ausschreibung der Landesliegenschaften

Stärkung des Erbbaurechts

Schärfung des Mietwucherparagrafen

Festlegung des Kündigungsschutzes auf zehn Jahre bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

Wohnraumzweckentfremdungsverbot für Kommunen

Öffentliches Flächenkataster für Kommunen

Hessische Wohnungsnotfallstatistik

AfD

Geltendmachung von Anforderungen des Denkmalschutzes nur an Eigentümer bei Bereitstellung entsprechender Mittel

FDP

Förderung hessischer Baukultur

Stärkung der regionalen Architektur

Prüfung möglicher Konversion von BIMA-Wohnung

Förderung neuer Wohnformen im Alter

Förderung von Wohngruppen durch Land Hessen

CDU

Erhöhung der Geschossflächenzahl

Veräußerung von Liegenschaften des Landes über Konzeptvergabe

Entwicklung von Grundstücken im Eigentum des Bundes

Erleichterung und Beschleunigung von Bauanträgen

Gründung eines Ministeriums für Wohnungsbau und preiswerte Miete

Fortsetzung der Allianz für Wohnen und der Baulandoffensive des Landes

Seniorenrechtlicher und barrierefreier Umbau von Wohnungen

Ausbau der Wohnberatung „Selbstbestimmt Leben im Alter“

Förderung von Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen

Steuerliche Anreize für energetische Sanierungen

SPD

Nachverdichtung der Bebauung bei verbindlicher Wahrung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner

Keine Luxussanierungen

Auflegung eines kommunalen Bodenfonds

Grundsteuer C auf Flächen für ungenutzte Flächen

Stärkere Besteuerung für Spekulationsgewinne aus Bodenwertsteigerungen

Novellierung des Wohnungsaufsichtsgesetzes

Umbau von ungenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern zu kleineren oder behindertengerechten und altengerechten Wohnungen

Verankerung des gesetzlichen Mieterschutzes im Hessischen Wohnungsbaugesetz

Förderung von Mehrgenerationenwohnkonzepten

DIE LINKE

Unterstützung von gesellschaftlichen Initiativen für bezahlbares Wohnen

Stopp von Gentrifizierung

Förderung von Millieuschutz

Bekämpfung von Obdachlosigkeit durch Gesamtkonzept

Hessische Wohnungsnotfallstatistik

Finanzielle Stärkung von Institutionen der Wohnungslosenhilfe

Förderung von Senioren- und altersübergreifenden Wohngemeinschaften

Hilfen beim Erhalt der Wohnung oder bei der Suche nach geeignetem Wohnraum für Senioren

Wohnraum für Auszubildende

B 90/Die Grünen


AfD

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Redaktion

Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon: 0 30.28 87 78-31

Telefax: 0 30.28 878-39

E-Mail: service@freiheit.org

Produktion

COMDOK GmbH, Büro Berlin

Diese Publikation ist kostenfrei zu beziehen.

Der Weiterverkauf ist untersagt.

Stand

Oktober 2018

